№ 181
B 90
Abend-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Dienstag, 15. April 1924

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 8600—5663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 8686—8695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Rücktritt des Reichsjustizministers.

Die Differenzen mit dem Zentrum

Reichsjustizminister Dr. Emminger hat heute dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht und den Reichskanzler von diesem Schritte in Kenntnis gesetzt.

Der Reichspräsident hat die Demission angenommen und den Staatssekretär im Justizministerium Dr. Joel mit der Führung der Geschäfte des Reichsjustizministeriums beauftragt.

Mitteilungen von dem bevorstehenden Rücktritt Dr. Emmingers waren schon vor mehreren Tagen verbreitet. Die Demissionsabsicht wurde zurückgeführt auf die Differenzen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei. Das Zentrum hat bekanntlich in Bayern für die Reichstagswahlen zum extremal eigene Kandidaten aufgestellt. Die Bayerische Volkspartei bezeichnete dieses Vorgehen als einen „Bruch des Burgfriedens". Nach dem Scheitern der Versuche, das Zentrum von seiner Wahlbewerbung in Bayern abzubringen, beschloß der Vorstand der Bayerischen Volkspartei, Dr. Emminger aufzufordern, aus dem Reichskabinett auszutreten. Es handelt sich also nicht um einen persönlichen Entschluß Dr. Emmingers, sondern um einen Parteibefehl, und daraus erklärt es sich, daß die gestern und heute unternommenen Versuche von Mitgliedern des Kabinetts, Dr. Emminger zur Zurücknahme seines Demissionsangebots zu veranlassen, gescheitert sind. Nach einer eingehenden Aussprache mit dem Reichskanzler hat sich Dr. Emminger um die Mittagsstunde zum Reichspräsidenten begeben.

Der Rücktritt Dr. Emmingers bedeutet, daß die Bayerische Volkspartei in der Reichsregierung nicht mehr vertreten ist. Existierte der Reichstag noch, dann würde man von einer Verkleinerung der parlamentarischen Basis der Reichsregierung sprechen können. Während der Wahlkampagne hat dieses Ausspringen der Bayerischen Volkspartei parlamentarisch nichts zu bedeuten. Für die Haltung der Bayerischen Volkspartei nach den Neuwahlen schafft das jetzige Vorgehen der Bayerischen Volkspartei, das kleinlicher Parteiranküne entspricht, kein Präjudiz.

Grotesken.

Emmingers Rücktritt. — Deutschnationaler Einspruch.

Der Reichsjustizminister Dr. Emminger hat dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler heute sein Rücktrittsgesuch überreicht. Wenn ein einzelner Minister sich zur Demission entschließt, setzt man voraus, daß schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den übrigen Kabinettsmitgliedern in wichtigen politischen Fragen ihm das Verbleiben in der Regierung unmöglich gemacht haben. Liegen solche ernsten Differenzen dem Rücktrittsgesuch Herrn Dr. Emmingers zugrunde? Es wäre vorstellbar, daß man im Ausland, wo man sich auf die besondere Mentalität deutscher Parteien noch nicht genügend versteht, aus dem zeitlichen Zusammentreffen zwischen dem Beschluß des Reichskabinetts, die Berichte der Sachverständigen-Komitees als Grundlage für die kommenden Reparationsverhandlungen anzunehmen, und der Demission des Reichsjustizministers Schlüsse ziehen würde. Sie wären falsch. Wie alle übrigen Mitglieder der Reichsregierung, wie alle Ministerpräsidenten der Freistaaten, eingeschlossen die deutschnationalen, wie alle Führer der großen Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen, ist auch Herr Dr. Emminger mit der Antwort, die heute an die Reparationskommission abgehen soll, einverstanden. In der wichtigsten Frage, die es in der deutschen Politik gibt, geht er mit den übrigen Mitgliedern in der Reichsregierung einig. Es bestehen zwischen dem Reichsjustizminister und dem Kabinett überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Führung der politischen Geschäfte ergeben könnten. Trotzdem überreicht Herr Dr. Emminger sein Rücktrittsgesuch. Nicht aus freien Stücken übrigens, wie man hört, sondern in Befolgung eines ihm von der Bayerischen Volkspartei, der er angehört, erteilten Auftrags. Und die Bayerische Volkspartei hat ihm diesen Befehl zum „Paradiert" erteilt. Nicht etwa, weil sie im Gegensatz zu Dr. Emminger die Politik des Reichskabinetts nicht billigte, sondern, weil das Zentrum den Beschluß gefaßt hat, in Bayern und in der Pfalz für die kommenden Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Also Rache für das Scheitern der Verhandlungen in Frankfurt am Main!

Man muß schon ein gelernter Parteimann sein, um derartige Bocksprünge der Logik zu begreifen. Das Zentrum will das Reichstagsmandat für den bisherigen Abgeordneten Hofmann-Kaiserslautern sichern, und beschließt deshalb entgegen der bisherigen Gepflogenheit, in Bayern eine eigene Liste aufzustellen. Daß die Bayerische Volkspartei, die erst jüngst bei den Landtagswahlen schwere Verluste verzeichnen mußte, diese Konkurrenz des Zentrums unangenehm empfindet, ist verständlich. Aber es ist doch schließlich das gute Recht jeder Partei, im ganzen Reich um Stimmen zu werben, und wenn von Burgfrieden gesprochen wird, kann er doch nur in dem Sinne verstanden werden, daß der Wahlkampf nicht in allzu schroffen Formen geführt wird. Wenn Herr Emminger sich über die Konkurrenz des Zentrums beklagt, durch die angeblich der Burgfrieden zwischen den in der Regierung vertretenen Parteien gebrochen werde, dann hätte er sich mit demselben Recht darüber beklagen können, daß die Demokraten in seinem Wahlkreis den Reichswirtschaftsminister Hamm, einen Ministerkollegen, an die Spitze ihrer Liste gestellt haben. Aber was hat die Kandidatur Dr. Hamms in dem Wahlkreis Emmingers, was hat die bayerische Liste des Zentrums mit der Reichsregierung und mit der Reichspolitik zu tun? Auf diese Frage wird man vergeblich eine vernünftige Antwort heischen. Das Demissionsgesuch Dr. Emmingers ist eine jener Grotesken, an denen die deutsche Politik ja leider nicht arm ist.

*

Die Deutschnationalen haben gestern ihre Führer zum Reichskanzler entsandt, um dagegen Einspruch zu erheben, daß die Reichsregierung, die nicht mehr auf einen Reichstag sich stützen könne, sich irgendwie durch Erklärungen zu den Sachverständigen-Gutachten gegenüber der Reparationskommission binde. Als solche Bindung würden die Deutschnationalen schon eine Erklärung der Bereitwilligkeit betrachten, auf der Basis der Sachverständigen-Berichte an der Lösung der Reparationsfragen mitzuwirken. Ginge es nach den deutschnationalen Wünschen, dann würde die Antwort an die Reparationskommission dahin lauten, daß die Reichsregierung nicht in der Lage sei, auf die Anfrage in bejahendem oder verneinendem Sinne zu antworten, bis der neue Reichstag gewählt und die neue Regierung, in der die Deutschnationalen den maßgebenden Einfluß zu gewinnen hoffen, gebildet sei. Kabinette sind im allgemeinen gewohnt, weittragenden Entscheidungen während eines parlamentarischen Interregnums auszuweichen und sie aufzuschieben, bis das neue Parlament gewählt ist. Voraussetzung aber muß sein, daß dieses Hinausschieben der Entscheidung auch möglich ist ohne schwere Gefährdung der Interessen des Landes. Die Entscheidung, um die es sich jetzt handelt, duldet aber keinen Aufschub. Die Reparationskommission hat die Frist, bis zu der sie die Antwort der deutschen Regierung erwartet, genau begrenzt. Am 17. April, also übermorgen, muß das Schreiben der Reichsregierung in ihren Händen

Die deutsche Antwort geht heute ab

Der Beschluß des Reichskabinetts

Die Parteiführer beim Kanzler.

Amtlich wird gemeldet: In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder hat heute das Reichskabinett beschlossen, die Anfrage der Reparationskommission über die Sachverständigengutachten bejahend zu beantworten.

*

Der Reichskanzler wird heute nachmittag die Führer der großen Parteien empfangen, um mit ihnen im Beisein des Reichsaußenministers die Berichte der Sachverständigen zu besprechen. Man setzt voraus, daß alle Parteien sich damit einverstanden erklären werden, daß die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Reparationsregelung auf der Basis der Expertenvorschläge ausspreche. Eine Ausnahme machen die Deutschnationalen, die schon gestern am späten Abend beim Reichskanzler erschienen sind und an ihn das Ansinnen gestellt haben, jede Antwort an die Reparationskommission, die die Regierung irgendwie binde, also auch eine einfache Bereitwilligkeitserklärung, zu vermeiden. Der Reichskanzler hat die deutschnationale Forderung als unmöglich bezeichnet und abgelehnt. Es ist auch schon ausgeführt worden, daß die letzte Entscheidung doch dem neuen Reichstage bleiben wird, weil sich aus einer Verständigung über die Reparationslösung legislatorische Maßnahmen ergeben werden, die nur der Reichstag beschließen kann. Die Deutschnationalen, die sich plötzlich so besorgt um die Wahrung der Rechte des Parlamentes zeigen, können also in dieser Hinsicht beruhigt sein.

Dr. Schacht über die deutschen Vorbedingungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 15. April.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Aufnahme der Sachverständigen-Berichte in Deutschland. „Ich muß anerkennen," erklärte Dr. Schacht zunächst, „daß die Sachverständigen alles getan haben, was in ihrer Macht lag, um zu einer Lösung zu kommen. Am wichtigsten ist, daß das Reparationsproblem aus der vergifteten politischen Sphäre, in der es bisher festgehalten wurde, losgelöst worden ist. Dies ist im übrigen das einzige Motiv, das die deutsche Regierung veranlassen könnte die Diskussion aufzunehmen."

Auf die Frage, was er von den in dem Bericht vorgesehenen finanziellen Lasten für Deutschland halte, antwortete Dr. Schacht: „Ich war tief erstaunt, als ich feststellte, daß die Sachverständigen Deutschland kein vollständiges Moratorium wenigstens während einiger Jahre zugestanden haben. Unter dem Eindruck der Bemühungen, die Deutschland gemacht hat, um seine Finanzen zu sanieren und die Ruhrindustrie in Gang zu halten, haben die internationalen Finanzleute meiner Meinung nach die deutsche Zahlungsfähigkeit überschätzt. Die Lasten der ersten Jahre scheinen mir unmöglich tragbar. Ich kann indessen nicht sagen, ob die für die späteren Jahre vorgesehenen Lasten zu hoch sein werden. Man kann tatsächlich nicht wissen, wie der Stand der deutschen Wirtschaft zu dieser Zeit sein wird. Aber keine deutsche Regierung kann nach meiner Meinung die Sachverständigen-Schlußfolgerungen annehmen ohne gewisse Vorbedingungen. Mir erscheint die Antwort auf folgende Fragen für Deutschland viel wichtiger als der eigentliche Inhalt des Berichts: Wird Deutschland von neuem auf den Fuß der Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung mit den anderen Nationen gestellt werden? Wird das Ruhrgebiet bis zum letzten Mann geräumt? Werden die Besatzungstruppen im Rheinland auf eine vernünftige Stärke reduziert werden? Wir wollen nichts anderes als die Rückkehr zu dem vom Versailler Vertrag vorgesehenen Stand der Dinge. Ohne Annahme dieser Vorbedingungen, glaube ich persönlich, kann die deutsche Regierung die Sachverständigen-Schlußfolgerungen nicht annehmen"

Auf die Bemerkung des Korrespondenten, Deutschland könne durch eine Ablehnung seine Wirtschaft schädigen; es stehe augenblicklich isoliert in der Welt wie am Ende des Krieges, antwortet Dr. Schacht: „Ich habe niemals an die angeblichen Sympathien Amerikas und Englands geglaubt. Nach meiner Meinung ist Deutschland seit fünf Jahren immer isoliert gewesen." Dr. Schacht erklärte sodann, daß die deutsche Währung ernstlich bedroht sei, wenn Deutschland keine ernstliche Hilfe erhalte, daß dann Gefahr vorliege, wieder in den Zustand vom Oktober 1923 zu verfallen. Die Regierung sei nur Wortführerin der öffentlichen Meinung. Die deutsche Bevölkerung werde aber schwere finanzielle Opfer nur übernehmen, wenn der Preis ihrer Anstrengungen mindestens durch die Befreiung des Ruhrgebiets und der drei infolge von Sanktionen besetzten Städte wäre. Auf die Frage, wie er es deute, daß die Sachverständigen keine Gesamthöhe für die deutsche Schuld eingesetzt haben, meinte der Reichsbankpräsident, er betrachte diese Unterlassung nicht als Grund für eine Ablehnung durch Deutschland, falls die deutschen Vorbedingungen erfüllt würden. Schließlich äußerte Dr. Schacht: „Ich bin der Ansicht, daß ein Abkommen zwischen der Entente und Deutschland auf Grundlage des Sachverständigenberichts nicht früh genug erreicht werden kann. Frankreich müßte sich darüber Rechenschaft ablegen, daß eine entgegenkommende Haltung seinerseits den politischen deutschen Parteien der Mitte eine gute Wahlperiode für die Neuwahlen geben würde."

Der Korrespondent fügt dieser Unterhaltung hinzu, die deutsche Regierung, die zum Lavieren gezwungen sei, werde, wenn sie auch die Ideen Dr. Schachts teile, weniger Unbeugsamkeit an den Tag legen als dieser. Die Reichsregierung wisse Bescheid darüber, daß Frankreich augenblicklich in der Frage der militärischen Ruhrbesetzung nicht nachgeben könne.

Englands Stellungnahme.

Drahtmeldung.

London, 15. April. (W. T. B.)

In einer Mitteilung des Reuterschen Büros heißt es: Obwohl offizielle Andeutungen über die Haltung Großbritanniens gegenüber dem Bericht der Sachverständigen nicht vorhanden seien, könne als sicher angenommen werden, daß die Annahme des Berichts, wenn er sich für die übrigen alliierten Regierungen als annehmbar erweise, wohl keinerlei Hindernisse auf englischer Seite begegnen werde.

sein. Die Reparationskommission, die zweifellos im Einvernehmen mit den alliierten Regierungen gehandelt hat, hätte von einem solchen Termin sicherlich abgesehen, wenn man in London und in Paris damit einverstanden gewesen wäre, daß die deutsche Regierung ihre Entscheidung bis nach den Wahlen hinauszöge. In der englischen und in der französischen Presse hat man es häufig gelesen, daß die Alliierten in wenigen Wochen die Reparationsverhandlungen abgeschlossen sehen möchten; man hat auch gelesen, daß die Reparationskommission sich für den Fall eines Ausbleibens der deutschen Antwort oder einer Verneinung ihrer Anfrage die „Entschließungsfreiheit vorbehält", d. h. die Reparationskommission bzw. die alliierten Regierungen würden, wenn die Reichsregierung nach dem deutschnationalen Rezept verführe, nur unter sich, aber nicht mit Deutschland verhandeln und der Reichsregierung das Ergebnis ihrer Einigung in der Form eines Diktates übermitteln. Deutschland hat aber alles Interesse daran, nicht nur an den Reparationsverhandlungen hervorragend beteiligt zu sein, sondern sie auch möglichst rasch zu einem günstigen Abschluß zu führen.

Das Reichskabinett wird über den deutschnationalen Einspruch selbstverständlich zur Tagesordnung übergehen. Man braucht sich nur in flüchtigen Umrissen die Konsequenzen eines anderen Entschlusses vorzustellen, um das Groteske der deutschnationalen Forderung in aller Deutlichkeit zu erkennen. Und trotzdem entsprang sie sicherlich nicht nur dem Agitationsbedürfnis, sondern war ernsthaft gemeint. Das zeigt wieder, auf welche gefährliche Bahn politischer Abenteuer das deutsche Volk geraten würde, wenn es den Deutschnationalen tatsächlich gelänge, auf die Führung der Reichsgeschäfte bestimmenden Einfluß zu gewinnen.

Der aufgebauschte Grenzzwischenfall.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

jb **Genf**, 15. April.

Der italienisch-schweizerische Grenz-Zwischenfall bei Ponta Tresa erregt noch immer die Gemüter hüben und drüben. Ueber die gereizte Stimmung, die in den Grenzbezirken herrscht, gibt ein Vorfall auf dem Luganer See Zeugnis, der sich gestern abend ereignet hat: Die Schiffe, die auf dem See verkehren und schweizerisches und italienisches Gebiet berühren, führen an Sonntagen Schweizer und italienische Fahnen. Gestern ersuchte nun der diensttuende italienische Offizier an der Grenze den Kapitän eines Schiffes, die Schweizer Fahne bei der Einfahrt in die italienische Station herunterzuholen. Da die Schiffe nicht verpflichtet sind, eine Fahne zu führen, holte der Kapitän die Schweizer und die italienische Fahne herunter. Die schweizerische Untersuchung über den Zwischenfall hat ein positives Resultat bisher nicht ergeben, d. h. man hat lediglich ermitteln können, daß einige Soldaten des 96. Bataillons beim Marsch an der Grenze gerufen haben sollen: „Nieder mit Italien! Nieder mit Mussolini" Sie seien sofort von Unteroffizieren zur Ruhe verwiesen worden. Im Interesse der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen erklärte Motta, daß der Bundesrat bereit ist, die verlangte Entschuldigung in einer dieser Sachlage angemessenen Form auszusprechen unter der Voraussetzung, daß die italienische Regierung ihrerseits die für den Zwischenfall in Varese verantwortlichen Fascisten disziplinarisch bestraft und sich entschuldigt. Danach wird man in Bern diesen Zwischenfall als erledigt ansehen. Heute dürfte sich der Bundesrat in diesem Sinne mit der Sache beschäftigen. Eine sehr wenig angemessene Rolle soll bei dem ganzen Zwischenfall die in Lugano (Schweiz) bestehende fascistische Organisation gespielt haben.

Für die Revision des Versailler Vertrages.

Drahtmeldung.

London, 15. April. (W. T. B.)

Die Stelle in Rakowskis gestriger Rede, die sich mit der Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrages befaßt, hat folgenden Wortlaut: „Die Sowjetregierung hat wiederholt erklärt, daß nach ihrer festen Ueberzeugung erste Bedingung eines stabilen Friedens die Revision des Versailler Vertrages und der anderen damit verbundenen Verträge ist. Diese Verträge widersprechen den elementaren Interessen aller Nationen und ihre Anwendung in der Praxis hat nur zu einer Verschärfung des Kampfes unter den Nationen und zum Ruin des Wirtschaftslebens geführt.."

Hellenische Republik.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

Athen, 15. April.

Das Gesamtergebnis des Plebiszits zeigt, daß 70—75 v. H. der griechischen Bevölkerung für die Republik gestimmt haben. In Athen betrug die genaue Ziffer 74 v. H., im Piräus 78 v. H., im größten Teil von Mazedonien 80 v. H. und sogar 90 v. H. Der Ministerrat beschloß, das bisherige griechische Königreich mit dem antiken Namen „Helleniki Politeia" zu benennen, in der diplomatischen französischen Bezeichnung „Hellenische Republik". Eine allgemeine Amnestie für politische Delikte wird erlassen. Sämtliche Beamten werden erneut den Eid auf die Republik zu leisten haben.

Nach den bisher überprüften Abstimmungsergebnissen wurden in Griechenland und auf den Inseln insgesamt 930 000 Stimmen abgegeben, davon 630 000 für die Republik und rund 300 000 dagegen. In Kreta sprachen sich 90 v. H. der Einwohnerschaft, in Thrazien 95 v. H., auf den aegäischen Inseln 95 v. H., im Epirus 80 v. H., in Mazedonien 80 v. H., im Peloponnes 45 v. H., in Attika, Böotien 70 v. H., in Thessalien 58 v. H. und auf den Jonischen Inseln 42 v. H. für die Republik aus.

Hiebers Ende.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

Stuttgart, Mitte April.

Wie hier am letzten Samstag die Dinge zu einer mit dem Rücktritt des Kabinetts Hieber endigenden Krise sich zugespitzt haben, wurde schon mitgeteilt. Auch daß dann mit Hängen und Würgen ein Verlegenheitsministerium mit dem gänzlich politischen Staatsrat Rau, dem bisherigen Verweser des aufs Altenteil gesetzten Ernährungsministeriums, in der Rolle des Staatspräsidenten, Arbeits- und Kultusministers sowie den Zentrumsministern Bolz und Beyerle als Minister für das Uebrige gebildet wurde.

Das Zentrum in Württemberg — es wurde an dieser Stelle schon früher auf die jetzt kommende Entwicklung hingewiesen — wird nunmehr dem Zuge seines Herzens folgen können. Und der geht nach rechts. Das Zentrum in Württemberg ist zu einem großen Teil Adelspartei, Hochadelspartei, und wenn diese Herren sich auch klug zurückhalten, so ist ihr Einfluß, und nicht nur im katholischen Oberland, unverkennbar. In Stuttgart hält sich das Zentrum noch ein paar Arbeiterführer, die, wenn das Parteihorn im katholischen Volksblatt einmal allzu monarchisch getut hatte, durch einige sozial angehauchte Artikel den nötigen Ausgleich schaffen mußten. Das Zentrum hat in Württemberg glänzende Wahlaussichten. Die paar Stimmen, die ihm vielleicht an die Rechtsparteien verlorengegangen wären, hat ihnen Herr Ludendorff, dessen Angriffe auf den Vatikan hier weidlich ausgenützt wurden, wieder zugeschanzt. Sonst läßt sich über die Wahlaussichten nur sagen, daß die Leidtragenden auch hier die Demokraten sein werden, weil sie aktive Politik gemacht und nicht wie andere um die Gunst der Menge gebuhlt haben. Dieses Verdienst wird erst später recht in die Erscheinung treten. Und auch ihre Zeit wird im Schwabenland, das im Grunde immer demokratisch denkt und denken wird, wiederkommen. Vielleicht früher, als manche Leute, die sich heute vor Uebermut kaum lassen können, denken.

—a—

Die neue Regierung in Thüringen.

Weimar, 15. April. (W. T. B.)

In der heutigen Vormittagssitzung des Thüringischen Landtages wurde das neue thüringische Staatsministerium gebildet. Dr. Leutheußer und Dr. Sattler bleiben in der Regierung. Das Finanzministerium übernimmt Dr. Kluechzner. Staatsräte wurden der Syndikus des Porzellanfabrikantenverbandes, Dr. Richter-Kahla, und PJustizrat Hertrich-Meiningen. Für das neue Ministerium stimmten 32 Abgeordnete, dagegen 23, drei enthielten sich der Abstimmung, ein Stimmzettel war ungiltig. Der Abgeordnete Dr. Krüger (Demokrat) erklärte, seine Fraktion könne die stark unter deutschvölkischem Einfluß stehende Regierung nicht wählen. Vorher war es zu einer stürmischen Szene gekommen, da der Abg. Fröhlich (Soz.) der Regierung Verfassungswidrigkeit vorwarf, was Minister Dr. Leutheußer „entschieden zurückwies".

*

Die Notwendigkeit einer Neuwahl des thüringischen Staatsministeriums ergab sich aus dem Konflikt mit den Deutschvölkischen, die von der Regierung die Entfernung des Präsidenten der thüringischen Staatsbank Loeb und überhaupt aller Juden aus dem Staatsdienst forderten. Daß die thüringische Staatsregierung einen glatten Verfassungsbruch begehen würde, wenn sie dieses völkische Diktat ausführen wollte, ist in der „Vossischen Zeitung" bereits ausführlich dargelegt worden. Der frühere Finanzminister Dr. Stoltze hat sich schon aus sachlichen Gründen geweigert, den Präsidenten der thüringischen Staatsbank seines Amtes zu entheben. Er hat deshalb zurücktreten müssen. An seine Stelle ist jetzt Dr. v. Kluechzner zum Finanzminister gewählt worden. Soll er ausführen, was sein Vorgänger verweigert hat? Es wird abzuwarten sein, ob die thüringische Staatsregierung sich wirklich zu einer flagranten Verletzung der Verfassung wird bereitfinden. In diesem Fall wird die Reichsregierung mit Nachdruck eingreifen müssen.

Wahlfreiheit im besetzten Gebiet.

l **Düsseldorf**, 15. April.

Die Besatzungbehörde stellte dem Oberbürgermeister von Düsseldorf folgende Mitteilung zu: Um den verschiedenen Parteien zu gestatten, ihren Wahlkampf vollständig frei und unabhängig zu führen und um die strenge Neutralität der Besatzungsbehörde zu wahren, hat der kommandierende General der Besatzungstruppen entschieden, daß während der Wahlzeit Plakate, Flugblätter und Ausschreibungen nicht mehr der Militärbehörde zwecks Genehmigung vorzulegen sind. Dabei bleibt selbstverständlich vorbehalten, daß die Verfügung sich nur auf Dokumente, die einen wirklichen Wahlcharakter haben, bezieht und nur während der Wahlperiode in Anwendung kommt.

Tollers „Hinkemann".

Erste Aufführung im Residenz-Theater.

Dem Chor derer, die seit Jahren vergebens die Freilassung des Dichters Ernst Toller fordern, wird man sich um so enger anschließen, je deutlicher man in seinem Schaffen von Werk zu Werk ein fortschreitendes Erschlaffen wahrnimmt. In seinem ersten, jugendlichen Schauspiel war die Hand eines Dichters spürbar. Daß sie wieder erstarke, dazu bedarf der Dichter der Berührung mit dem Mutterboden aller Dichtung, der Wirklichkeit, von der er seit Jahren abgesperrt ist (der Wirklichkeit nicht im Sinne der äußeren Lebenskonventionen, sondern ihrer ewig wechselnd gestaltenden Kräfte). Gerade für Toller, wie für jeden dichterischen Menschen, ist darum der Kerker eine doppelte Schändung, und wenn dies maßgebenden Persönlichkeiten — deren ja eine ganze Reihe gestern in den Logen saßen — vor Augen gebracht worden ist, so wäre dies ein Verdienst der Aufführung. Wenn schon vielleicht ihr einziges: gerade weil sie eine Dichtung von erschreckender Lebensarmut, ein menschlich und künstlerisch peinigendes Werk zeigte.

Zwei Dichter haben gleichzeitig das Thema des Mannes, dem ein Schuß im Weltkrieg sein Geschlecht raubt, behandelt (die Durchvergleichung wäre ein Gegenstand für eine Seminararbeit). Auch die Novelle „Franta Zlin" von Ernst Weiß ist keine runde Leistung. Ein eigentümlicher Widerspruch zwischen dem kultivierten Erzählton und der Brutalität des Gegenstandes und aller ihn zur Anschauung bringenden Motive hindern die Unmittelbarkeit und Geschlossenheit der Wirkung. Aber hier ist ohne tendenziöse Nebengedanken ganz sachlich der Ablauf der Folgen des Ereignisses für die Ehe des Mannes, der — wie Tollers „Hinkemann" — eine „gute und liebe Frau" hat, aufgezeichnet.

Toller, in der Gefängniszelle, hat nicht die Ruhe und innere Stille besessen, um in seinem Innern das Thema zur Melodie ausreifen zu lassen. Der Groll des politischen Dilettanten — der ihn ja auch in die aktive Politik verführt hat — gegen seine Widersacher, der Haß gegen den Militarismus, gegen den Chauvinismus, aber auch sein Gram über die Verworrenheit und die Uneinigkeit des Sozialismus wuchern in ihm ungehemmt und fressen jede dichterische Regung an. Auch für Toller ist das Verhältnis des Verkrüppelten zu seiner Frau Ausgangspunkt und Kern der Dichtung; und in dem fertigen Drama sind allein in den Dialogen des Ehepaares einige Stellen, die dichterische Kraft wahren, die uns berühren. Es scheint gelegentlich, als ob Gerhart Hauptmanns Mitleidenskraft hier nachgewirkt habe, wie denn in denselben Szenen Hauptmanns Szenengestaltung — freilich als „Technik" — wiederkehrt. Aber der agitatorische Geist der „Maschinenstürmer" und der „Masse Mensch" setzte sich an den Kriegskrüppel Hinkemann an (ohne mit dem dichterischen Geist der Gestalt sich zu vermählen). So kam eine Reihe rein tendenziöser Szenen in das Drama, die bloß äußerlich mit dem zentralen Vorgang verbunden sind.

Aber auch dessen Träger werden dadurch aus der Bahn geworfen. Diese Einfachsten der Einfachen, diese Proletarier, diese Arbeitsmenschen reden nun nicht bloß, als hätten sie unzählige Agitationsreden gehört und ganze Lehrgänge der Parteischule durchgemacht, sie reden, als hätten sie Nietzsche und Wedekind und die indische Philosophie studiert. Sie reden alle immerzu hoch über ihrem geistigen Habitus; und zwar auch in ihren innersten Angelegenheiten (Hinkemann sagt im Streitgespräch mit Arbeitern, wie ein philosophischer Essayist: „Ihr seht Eure Grenzen nicht"; und er sagt als seiner Weisheit letzten Schluß zu seiner Frau: „Ich bin du und du bist ich"). Die wenigen Momente, in denen etwas von den inneren Vorgängen, von dem inneren Fortschreiten gerettet ist, werden alle sogleich philosophisch zerschwätzt; das Drama wird immer wieder zur Debatte; und nur das Gefühl der dramatischen Schwäche mag Toller schließlich zur Häufung jener Motive und Szenen getrieben haben, die dazu da sind, den Krüppel (und die Zuschauer) immer von neuem an seine Entmannung zu erinnern: den Freund, der von seinem Kindersegen spricht, die Arbeiterin, die an Hinkemanns Mannestum appelliert, die Mutter, die von der sexuellen Maßlosigkeit des Vaters spricht, schließlich die eigene Frau, die an den Hochzeitstag mahnt.

Alles dies hilft nicht über den Mangel an menschlich-dichterischer Kraft der Hauptgestalt weg; und wenn nicht gestern, im Residenz-Theater, ein so bedeutender Schauspieler wie Heinrich George — vorgestern noch und heute schon wieder ein dämonisch-gewaltiger Hagen — ihr jene elementaren, jene Büchnerischen Züge verliehen hätte, die aus einer literarischen Figur einen dunklen, leidenden, erschütterten Menschen machten und noch die heterogenste Rhethorik mit ihrem Grundton tränkten, wäre es vielleicht ein unerträglich gleichgültiger Abend geworden. Die Angst vor nationalistischen Skandalen hatten die Direktion und mit ihr die Polizei offenbar nicht bloß zu den sorgfältigsten Vorkehrungen im Zuschauerraum bestimmt. Man hatte, um von vornherein auch die Vorwände zu Störungen zu beseitigen, die meisten anstößigen Wendungen abgebaut; den Rest hatte man im Rahmen des vorletzten Bildes zu einer hastigen Szenenfolge zusammengelegt. Freilich nur jene Wendungen und Szenen, die nationalistische Empfindlichkeit hätten treffen können. Alle Satire gegen den Sozialismus war stehen geblieben; so hatte man mit Erfolg das Antlitz des Werkes, um mit Keller zu reden, nach einer anderen Himmelsrichtung hingewendet.

Ueber die Aufführung selbst ist, von George abgesehen, kaum mahr zu bemerken, als daß sie in zwei Stilen, einem naturalistischen für die Dialoge, einem stilisiert-phantastischen für die zusammengelegte Visionsszene, vor sich ging (verantwortlich zeichnete Emil Lind). Niemand, außer George, half, die Aufführung über das Stück hinauszutragen. Renée Stobrawa, darstellerisch zulänglich und oft stark, enttäuschte immer von neuem durch den intellektuell-dürftigen Charakter ihrer Sprechweise. So unterstrich sie die Schwäche der Figur, statt sie zu überwinden.

Artur Michel.

Luigi Pirandello.

Von

Z. Harsanyi.

Morgen läßt die Direktion Meinhardt-Bernauer den italienischen Dramatiker Luigi Pirandello, dessen Dramen die neue und die alte Welt beherrschen, zum ersten Male auf einer Berliner Bühne zu Worte kommen. Ueber seine Person unterrichtet das nachfolgende Gespräch des Berichterstatters der ungarischen Zeitung „Az Est" mit dem Autor:

Pirandello ist ein schlankgewachsener, alter Herr. Das einstige Blond des Bartes ist kaum mehr sichtbar, der Kopf ist ganz kahl. Pirandellos Benehmen ist sehr bescheiden, ruhig und müde; das Leben eines Menschen, den das Leben brutal mitgenommen hat. Immer hat es den Anschein, als wollte er sich entschuldigen, daß er überhaupt da ist. Spricht er aber von seinen Ideen, dann wird er ganz und gar durchgeistigt, durchflammt; er spricht einige wenige aber beseelte Sätze, verkriecht sich jedoch sogleich wieder in sich, mit einem müden, bitteren Lächeln.

Dieser bescheidene Mann ist zurzeit der meistgespielte Dramatiker des heutigen Italien: vierzehn seiner Stücke beherrschen die Bühnen Amerikas. Pirandello, Shaw und Molnar bilden drüben das Trio, das drei Bühnenschriftsteller von Weltruf vereinigt. Pirandellos Bescheidenheit und Erbitterung wäre demnach unverständlich, wäre es nicht der verspätete Erfolg, der die Tragik seines Lebens bedingt. Er ist nämlich heute fast 60 Jahre! Erst wenige Jahre sind es her, daß er anerkannt ist. Bis dahin bewegte sich sein Alltagsleben in Sorge und Schwermut. Ich bat ihn zunächst, über seine vielumstrittenen und so oft mißdeuteten künstlerischen Ansichten zu sprechen. Er erschrak vor dieser Frage, dachte lange nach und begann dann, erst gebrochen, allmählich aber in Fluß kommend: Das Grundmotiv meines künstlerischen Daseins ist das Tragische, das sich aus dem Zwiespalt des Lebens und des Ringens nach dessen Ausdrucksform ergibt. Das Leben ist für mich ein Etwas, das ständig sich verändert und entwickelt. Um aber Leben zu sein, muß es seine eigene Ausdrucksform erst finden. Die Ausdrucksform ist ihrem Wesen nach immer steif und unveränderlich. Das Leben, das sich ändert, muß also ununterbrochen mit seiner früheren Norm brechen, eine neue finden, die auch bald wieder veraltet ist. Das ist die Tragödie des Lebens. Ich bin der Dichter dieser Tragödie. Ich schildere den Schmerz, in dem die Seele wie hinter einer Maske sich verkrampft; ich schildere den Schmerz, in dem das Leben sich windet, um seinen Ausdruck zu finden; ich schildere dieses wilde Chaos, hinter dessen Maske wir alle uns bewegen. Wir aber sehen nur die Maske, das wahrhafte Wesen von uns allen sehen wir nie, aber wir mißverstehen uns immer.

Ich habe viel gelitten, bis ich mich zu dieser Weltanschauung durchgerungen habe. Meine Jugend war vom historischen

Die Verlängerung des Micum-Abkommens.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Essen**, 15. April.

Ueber die Einzelheiten der gestern getroffenen Vereinbarung zur Verlängerung des Micum-Abkommens wird seitens der deutschen Verhandlungsteilnehmer zunächst noch Stillschweigen beobachtet, da das Abkommen noch nicht unterschrieben ist. Die Micum hat die neuen Vereinbarungen vorerst dem französischen Kabinett unterbreitet und wird erst unterzeichnen, wenn von Paris aus die Genehmigung hierzu erteilt worden ist. An der französischen Unterschrift ist aber wohl nicht zu zweifeln, da die Micum in engem Einvernehmen mit Paris die Verhandlungen mit der Sechserkommission geführt hat. Obwohl authentische Mitteilungen über den Inhalt der Vereinbarung noch fehlen, verlautet, daß die Finanzierung der Sachleistungen des Bergbaus nach dem 15. April auf Grund der nach dem Sachverständigengutachten Deutschland zu gewährenden Reparationsanleihe erfolgen soll. Insofern ist diesmal auch die Reichsregierung an der Durchführung des Abkommens in erheblichem Maße beteiligt, während sie den bisherigen Micumverträgen mehr oder weniger fern stand. Bis zu dem Zeitpunkt, wo die Reparationsanleihe wirksam wird, ist der Bergbau auf die Gewährung von Krediten zur Bezahlung der Reparationsleistungen angewiesen. Man glaubt, daß für diesen Zweck die für die Industrie vorgesehenen **Rentenmarkkredite**, die zum größten Teil noch nicht in Anspruch genommen worden sind, Verwendung finden können. Hinsichtlich der Dauer der Vereinbarung hat man sich schließlich auf zwei Monate geeinigt, während von französischer Seite ursprünglich eine unbeschränkte Dauer der Verträge in Aussicht genommen war. Einen nicht unwesentlichen Punkt in den Verhandlungen wird jedenfalls auch die Forderung der deutschen Bergbauvertreter auf **Ermäßigung der Kohlensteuer** für die nach dem Auslande gehenden Kohlenmengen gebildet haben. Während die Micum dieses Verlangen bei früheren Verhandlungen rundweg abgewiesen hatte, soll sie diesmal, wie man hört, dem deutschen Standpunkt mehr Rechnung getragen haben.

Hitleriana.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 15. April.

Am 23. April beginnt vor dem Volksgericht München I der Prozeß gegen 38 Angehörige des **Stoßtrupps Hittlers** wegen Vergehens der Beihilfe zu einem Verbrechen des **Hochverrats**. Es handelt sich um die Zerstörung der „Münchener Post", den Hausfriedensbruch in der Wohnung Bauers und und Geiselverhaftungen im Rathause.

Im „Völkischen Kurier" spricht **Ludendorff** seinen Dank für die ihm während des Prozesses und zu seinem Geburtstage überaus zahlreich gewordenen Bekundungen der Anteilnahme aus. Er fährt dann fort: „Wir wollen klar sein, daß die völkische Bewegung den ersten Erfolg gehabt, der die Gegner alle auf den Plan gerufen hat. Eine Stellung zu nehmen ist leichter, als sie zu halten. Das ist die Erfahrung des Weltkrieges. Darum bitte ich meine Freunde, sich mit doppelter Tatkraft für ihre große Aufgabe in dem Kampf für unsere völkischen Freiheitsideale einzusetzen und in täglicher Kleinarbeit und Begeisterung im Herzen weiter in schaffender Arbeit aufzubauen. — Ludendorff scheint also bereits zu ahnen, daß in der Politik Reden leicht, Handeln schwer ist.

Für ein Journalistengesetz.

Der Bezirksverband Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse, die berufliche Vertretung der Berliner Redakteure und Journalisten aller Richtungen, hatte für gestern abend Einladungen nach dem Reichswirtschaftsrat ergehen lassen, um die Frage eines Journalistengesetzes (Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Redakteure) zu besprechen. Das Referat des Abends hatte der jetzt im Ruhestand lebende frühere Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung", Herr Ernst **Posse**, übernommen.

Posse ging aus von dem hohen Gesichtspunkt einer allgemeinen Würdigung des Wesens der Presse und insbesondere der deutschen Presse, um von da aus zu der Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Rechtsverhältnisse der Journalisten zu kommen. Dem Wesen der Presse ist nach seinen Ausführungen nicht nur nicht die öffentliche Meinung, sondern nicht einmal der Staat gerecht geworden, der im Pressegesetz die Stellung der Presse nur äußerlich und oberflächlich, zum Teil mit polizeilichen Mitteln, geregelt habe. Der redaktionelle Teil müsse wahr und klar und durchsichtig sein wie Kristall. In der deutschen Presse sei die Sauberkeit die Regel. Es müßte verboten werden, Strohmänner als verantwortliche Verleger oder Redakteure zu benennen. Der Redakteur habe eine ethische Aufgabe wie kaum ein anderer Beruf. Darum bedürfe der Redakteur des Schutzes, nicht um seiner selbst willen, sondern für das gemeine Beste, damit das deutsche Volk eine gute Presse habe.

Chefredakteur Georg **Bernhard** als Korreferent erkannte die Wichtigkeit der kapitalistischen Grundlage eines jeden Zeitungsunternehmens an, insbesondere, daß das offene Anerkenntnis des Anzeigenteils als Quelle des Gewinns gerade der Integrität des redaktionellen Teils förderlich sei, wie es die englischen und die deutschen Zeitungen bewiesen, während in romanischen Ländern die Nebenbezahlung des Redakteurs durch Interessenten für deren Erwähnung in der Zeitung nicht als anstößig empfunden werde. Arbeitsteilung zwischen Verlag und Redaktion sei das Erforderliche, besonders wenn man nicht mehr einem persönlichen Verleger, sondern einer Aktiengesellschaft gegenüberstehe. Wenn mancher Verleger Kamerad des Redakteurs, ja sogar mit seiner langjährigen Erfahrung Führer des Redakteurs sein könne, so bestehe dieses Verhältnis nicht mehr bei anonymen Gesellschaften. Der Verleger könne die Grundlinien seiner Zeitung bestimmen, aber innerhalb dieser Grundlinien leiste der Redakteur selbständige Arbeit und könne darum, wenn auch rechtlich ein Angestellter, doch moralisch und sittlich eine Sonderstellung beanspruchen. Dieser Stellung gerecht zu werden, sei ein Journalistengesetz berufen. Der Redakteur wolle einen Schutz für sein öffentliches Wirken. Um frei seine Meinung äußern zu können, bedürfe der Redakteur einer Sicherung gegen eine Gefährdung seiner Stellung, besonders dann, wenn die Zeitung verkauft werde und eine andere Richtung erhalte. Was für die Redakteure der Tageszeitungen gelte, müsse in gleichem Maße auch für die Redakteure der Telegraphen- und Korrespondenzbüros gelten, da von deren Werken die gesamte Presse sehr wesentlich abhänge. Jeder deutsche Redakteur solle ein freier geistiger Arbeiter im Interesse des deutschen Volkes sein.

Deutsche Teilnahme an der Neapeler Universitätsfeier.

Zu dem Jubiläum der Universität Neapel, die von dem Hohenstaufenkaiser Friedrich II. gegründet worden ist, entsendet die Reichsregierung auf Einladung der italienischen Regierung eine aus Universitätslehrern bestehende Delegation, deren Führung dem Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. **Penck**, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, übertragen worden ist.

Die Frauen-Partei.

Von

Emma Kromer,

Mitglied des Reichswirtschaftsrates.

Der Gedanke der Bildung einer eigenen Frauenpartei taucht in den verschiedensten Gegenden, in den verschiedensten Köpfen und aus verschiedenen Motiven wie mit einem Male gleichzeitig auf.

Ein Teil der Frauen ist mit Recht unbefriedigt über die äußerst geringe Anzahl von Frauen, die an sicherer Stelle auf den Reichstagslisten **aller** Parteien stehen. Man wird hier nicht von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß die Frauen die überwiegende Zahl der Wähler ausmachen, also auch auf eine einigermaßen befriedigende Vertretung hoffen dürfen, man wird diesen kleinen Gesichtspunkt nicht anführen, sondern vielmehr den, daß wir heute unter den Frauen, die bereits in der politischen Arbeit in den Parlamenten standen, Persönlichkeiten haben, die auf alle Fälle wieder in das Parlament einziehen müßten. Das wird bei vielen nicht der Fall sein, die Frau ist zurückgedrängt worden, eine Beobachtung, die man überall machen kann. Von anderer Seite wird der Wunsch nach einer Frauenliste laut, von all den Frauen, die von den bestehenden Parteien, von Parteigezänk und Zwietracht sich angeekelt fühlen und glauben, in einer Partei der Frauen die Möglichkeit zu finden, sachlicher, positiver, aufbauender arbeiten und all die so lange zurückgedrängten kulturellen und ideellen Forderungen zum Ausdruck bringen zu können.

Der Gedanke hat für viele, und ganz besonders für die weibliche Jugend sehr viel Bestechendes, und es geht nicht an, ihn ohne weiteres als unpolitisch zu verwerfen. Man könnte ja sagen, in einer Zeit, in der jede Interessentengruppe glaubt, ihre besondere Vertretung in den Reichstag entsenden zu müssen, und die sogenannten „nationalen Parteien", in allen Schattierungen des Regenbogens vertreten sind, haben die Frauen auch das Recht, eine Partei zu schaffen, die ihrer Eigenart entspricht.

Der Gedanke einer Frauenpartei ist an sich nicht neu, er ist schon einmal in Berlin propagiert worden, freilich damals ohne Erfolg, doch war das damalige Fiasko mehr ein Versagen der Organisation und der Propaganda, als des Gedankens an sich. (Fräulein von Gierke wurde damals von der Frauenpartei aufgestellt.) Heute könnte z. B. durch die bestehenden neutralen Hausfrauenvereine unter Umständen eine Propaganda geschaffen werden, die Aussicht auf Erfolg haben könnte, weil die „Konjunktur" nicht schlecht ist.

Man wird aber als verantwortungsvoller Mensch nicht leichtsinnig an die Beurteilung der Frage gehen, und da werden einem die Bedenken gegen eine solche Partei doch so groß erscheinen, daß die Vorteile verschwinden.

Die Aufstellung eines Programms zeigt schon, daß es unmöglich ist, **nur ein Programm der Frauenforderungen** zu erheben. Diesen Fehler unserer männlichen Kollegen einzelner Berufsklassen wollen wir nicht nachmachen. (Hausbesitzer, Mieter, Bodenreformer.)

So kommen wir bald zur Spaltung der Ansichten. Zuerst die Staatsform — Monarchie — Republik. Gefühlsmäßig ist ja ein Teil unserer bürgerlichen Frauen für die Monarchie — die gute alte Zeit! Also hier der erste Konflikt, dann Pazifisten; die Mütter, die den heiligen Wunsch haben: Nie wieder Krieg! und daneben die Frauen, die ebenso leidenschaftlich sich dafür einsetzen, unsere Feinde, sobald es nur möglich ist, hinauszuwerfen aus unserem deutschen Lande am Rhein und an der Ruhr. Und dann all die Fragen der Wirtschaft! Unsere Frauen haben in der harten Schule der Nachkriegszeit und des Währungszerfalles gelernt, sich ein eigenes Urteil zu bilden, ein Urteil, das aber nicht das gleiche ist bei der Landfrau und der Stadtfrau, bei der Arbeiterfrau und der Frau des Unternehmers, das heute doch noch sehr stark beeinflußt wird von der Umgebung, in die das Schicksal die einzelne Frau gestellt hat. Neben diesen Verschiedenheiten zeigen sich die der Konfession — glaubt im Ernste jemand, daß die Frauen des Zentrums in Zukunft ihren Wahlzettel der Frauenpartei geben würden?

Man kann heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wie die Entwicklung hier einmal weitergehen wird, aber bei der Aussprache, die **bei dem Parteitag der Deutschen demokratischen Partei in Weimar** unter den Frauen über dieses Thema stattfand, kam man zu dem fast einmütigen Beschluß, **die Frauenpartei abzulehnen**.

Obwohl gerade die demokratische Partei in ihren führenden Frauen im Reichstag Persönlichkeiten besitzt, die einer ganz großen Gefolgschaft sicher wären, wenn sie diesen Gedanken propagieren würden, kam man doch zu dieser Ablehnung. Man kam dazu aus dem Empfinden heraus, daß gerade die Demokratie doch die Gleichberechtigung aller, also auch der Frauen, auf ihr Programm setzt. Wenn diese Voraussetzung sich bis jetzt nicht erfüllt hat, so muß man doch, wenn man gerecht sein will, sagen, daß dies nicht nur an der Partei selbst liegt, sondern vor allem doch daran, daß die Frauen noch zu kurz in der Politik stehen und sich deshalb bis heute noch nicht in dem Maße durchsetzen konnten, wie sie es erwarten.

Es wird deshalb heute und in den nächsten Jahren die Aufgabe darin bestehen, die Frauen zu schulen und so dafür zu sorgen, daß die Führerinnen auch die Gefolgschaft finden, die sie brauchen. Wir wollen keine Frauenpolitik machen, aber wir müssen versuchen, das zu erreichen, was die kurze Spanne Zeit noch nicht vermochte — unsere Frauen politisch zu erziehen zu voll verantwortlichen Staatsbürgern.

Die Reichsliste der Zentrumspartei.

Das Zentrum hat folgende Namen für die Reichsliste bestimmt: 1. Reichskanzler W. **Marx**, Berlin; 2. Staatsminister a. D. Peter **Spahn**, Berlin; 3. Hedwig **Dransfeld**, Wörle i. W.; 4. Hauptschriftsteller Adam **Roeder**, Karlsruhe; 5. Ministerialrat Helene **Weber**, Berlin; 6. Ministerialrat August **Wegmann**, Oldenburg; Oberlehrer Hermann **Hofmann**, Ludwigshafen; 8. Rechtsanwalt Dr. **Lammers**, Berlin; 9. Oberpostschaffner Koch, Essen; 10. Studienassessor Krone, Berlin; 11. Generalsekretär des deutschen Handwerks, Herrmann, Hannover; 12. Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, Müser, Köln; 13. Hauptschriftleiter J. B. Krauß, Berlin; 14. Landwirt Wand, Eichsfeld; 15. Sanitätsrat Dr Jordans, Saarbrücken; 16. Oberst a. D. Bornemann, Charlottenburg; 17. Postinspektor Przibilla, Breslau; 18. Oberregierungsrat Sarazin, Friedenau; 19. Polizeipräsident Stieler, Gelsenkirchen. (Der an 11. Stelle aufgestellte Herrmann ist der frühere demokratische Abgeordnete. D. Red.)

Materialismus vergiftet. Jetzt, wo ich mich gefunden habe, höre ich von Freunden, daß andere Menschen in anderen Berufen zu demselben Ergebnis gelangt sind. Meine Seelenverwandtschaft mit Shaw, die man allgemein behauptet, beruht meiner Meinung nach auf einem Irrtum. Shaw ist Bürger **eines** Landes. Ich bin zwar ein guter Italiener, der sein Vaterland liebt, hätte aber auch ebenso gut Bürger eines **anderen** Landes sein können. Vor allem bin ich Mensch, und was ich zu sagen habe, das betrifft alle Menschen der Erde.

Ja, die Anerkennung kam zu spät. Aber das war immer so. In Italien ging es dem Rhetoriker stets besser als dem Dichter. Diese Antithese beherrscht die ganze Literaturgeschichte meines Landes. Die schöne Worte drechseln konnten, verdrängten stets die in Einsamkeit still Schaffenden. **u.**

„Onkel Naftopschil." Das ist der Titelheld eines von C. H. **Wolff** und Theo **Halton** verfaßten Volksstückes, das im **Zentraltheater** kräftig unterhielt. Früher hieß dieser Raisonneur und Drahtzieher einmal Kiwito und wurde von Ferdinand Bonn dargestellt; heute stammt er aus Pilsen oder Komotau, und sein radebrechender Interpret ist Anton Herrnfeld, ein Pallenberg des Souterrains sozusagen, eine künstlerische Vorstadtausgabe jenes berühmt gewordenen Schimekttyps. Rudolf **Jonas** hat den Dreiakter durchaus populär vertont. Man merke sich den Namen des Mannes; er kann offenbar mehr, als er hier zeigen darf. Das Publikum dieses Volksstückes fühlte sich wohltuend berührt durch die Schwarz-weiß-Manier des Ganzen, bei der die höheren Stände sehr schlecht, die niederen sehr gut wegkommen. —a.

Freuds Gesammelte Schriften. Der Internationale Psychoanalytische Verlag in Wien kündigt eine **Gesamtausgabe** der Schriften von Prof. Siegmund **Freud** an. Die Ausgabe wird elf Bände in Lexikonformat umfassen. Die Herausgabe besorgen unter Mitwirkung des Verfassers Anna Freud, Otto Rank und A. J. Storrer. Vier Bände gelangen bereits in den ersten Tagen des Monats Mai zur Ausgabe, die übrigen Bände werden bis Ende 1925 erscheinen.

Basil in französischer Haft. Wie unser Münchener Vertreter meldet, ist der Hofschauspieler **Basil**, Oberregisseur des Münchener Residenztheaters, in **Bonn a. Rh.** von den **Franzosen verhaftet** worden. Als Grund der Verhaftung gibt der „Völkische Kurier" die auch den Franzosen bekannte Gesinnung Basils an. Basil tritt in München mit Vorliebe bei **nationalsozialistischen Festen** als Rezitator völkischer Dichtungen auf.

Die Stadt Berlin an Max Kruse. Oberbürgermeister **Böß** hat zugleich im Namen des Magistrats Berlin an Professor Max Kruse ein Glückwunschschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „**Der Siegesbote von Marathon**" ist nun schon über ein Menschenalter Gegenstand der Bewunderung der Besucher aus aller Welt, und er ist besonders auch für unsere Berliner Jugend, welche ihre Schritte nach der **Nationalgalerie** lenkt, ein leuchtendes Sinnbild letzter Hingabe an die große Idee der Nation und aufopfernder Bürgertugend. — Als eine besonders glückliche künstlerische Fügung müssen wir es ansehen, wenn die Züge unseres großen Berliner Meisters Max **Liebermann** und des so früh uns entrissenen Malers der Waldseen, welche Berlin umkränzen, Walter **Leistikow**, von Ihrer Hand geformt, für unsere Nachkommen weiterleben. Die Reihe der großen Bildhauer, welche von Berlin aus sich selbst und unserer Stadt zum Ruhme wirkten, ist durch Sie bedeutsam fortgesetzt."

Das Programm der 3. Schulmusikwoche. Für die „Dritte Schulmusikwoche" des **Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht**, die vom 24. bis 29. April in **Breslau** stattfindet, haben Referate zugesagt: Staatssekretär Professor Dr. Becker, die Professoren Schünemann, Thiel, Jöde, Schneider, Kestenberg, Moser, Schering, Rolle, Sonderburg, Regierungsrat Wicke, Dr. Müller-Freienfels, Schulrat Hilker, Hilmar Höckner, Musikdirektor Müller-Köln, Obermusiklehrer Bilke. An Nachmittagen finden praktische Vorführungen statt, abends Konzerte des Bach-Vereins, des Schlesischen Landes-Orchesters sowie Opernvorstellungen im Stadttheater. Anmeldungen sind an den Schriftführer des Ortsausschusses Alfred Aumann, Breslau, Augustastr. 160, zu richten.

Der bestätigte Pessimist. In **Kopenhagen** hat ein Bibliophile dieser Tage eine wertvolle Sammlung seltener Manuskripte zum Verkauf gebracht. Unter den Manuskripten befand sich eine ganze Anzahl Raritäten, darunter ein Brief von **Strindberg** an eine Geliebte. Dieses Schreiben ist äußerst interessant. Strindberg wagte es nicht, der Liebsten seine Liebe mündlich zu erklären. Er greift zur Feder und macht ihr schriftlich einen Antrag. Offenbar war er sich selbst über die Eigentümlichkeit der Situation klar, denn der Freierbrief schließt mit den Worten: „Beweise nun wenigstens einmal, daß man einer Frau vertrauen kann: verbrenne diesen Brief!" Wie die Geliebte das Vertrauen des Dichters gerechtfertigt hat, beweist die Kopenhagener Auktion.

Aus den Theatern. In der **Volksbühne** wird **heute** anstatt „König Hunger" Strindbergs „**Ostern**" gegeben.

Unter den Mitgliedern der Berliner Staatsoper, die im Mai im Londoner Covent-Garden unter der künstlerischen Leitung von Generalmusikdirektor Bruno Walter in den Wagner-Festspielen mitwirken werden, befindet sich in erster Linie **Frida Leider**. Die Künstlerin wird die Isolde und die drei Brünnhilden singen.

Vortragsabende. Goethes „Faust" rezitiert Mittwoch, abends 8 Uhr, Schauspieler Dr. P. C. **Tyndall** im Französischen Gymnasium, Reichstagsufer 6. (Humboldt-Hochschule.)

Das „**Sturm**"-**Seminar**, Berlin, Potsdamer Str. 134a, hält vom 24. April an **Laienkurse** ab. Sie sollen frei von der Tradition des Schulhaften, geleitet durch erfahrene Künstler in zwanglosen Gesprächen eine leichtverständliche Einführung in die Probleme des Expressionismus und der verwandten Erscheinungen sein. Es finden folgende Kurse statt: Kursus 1: Rudolf **Blümner**, Schauspielkunst, Theater und Rhetorik. Kursus 2: Herwarth **Walden**: Die Dichtkunst. Kursus 3: Lothar **Schreyer**: Die Malerei. Kursus 4: William **Wauer**: Mystische und philosophische Erlösungslehren der Menschheit.

Kunstnachrichten. Die soeben eröffnete Ausstellung der **Berliner Sezession**, Kurfürstendamm 232, ist sowohl am Karfreitag, wie an den beiden Osterfeiertagen von 11—2 Uhr zu besichtigen.

Anatole France wird am 16. April 80 Jahre alt. Aus diesem Anlaß stellt die Buchhandlung Bartelt, Nürnberger Straße 29-30, bis Ende April die Werke des Dichters in den französischen Originalausgaben und in den deutschen Uebertragungen aus.

Das schottische Königspaar.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

*** London**, im April.

Als der berühmte Reformator Jone Knox die kalvinistische schottische Staatskirche gründete, gab er ihr als Gegengewicht zu der Neigung der Maria Stuart, mit Rom zu liebäugeln, eine außerordentlich demokratische Verfassung. Diese Verfassung enthält die Bestimmung, daß unter dem Vorsitz des Königs von Schottland einmal im Jahre, im Ostermonat, eine nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählte Generalversammlung aller schottischen Kirchengemeinden in Edinburg zusammentreten soll. Seitdem die Krone von Schottland mit der Krone von England vereinigt wurde, haben die englischen Könige, die nicht der schottischen, sondern der englischen Staatskirche angehören, darauf verzichtet, diese Versammlungen persönlich zu leiten. Sie haben seit über dreihundert Jahren irgendeinen schottischen Adligen aus ihrer Hofhaltung mit dem Amt des Königlichen Generalkommissars, der die Synode in Vertretung des Königs zu leiten hat, betraut. Der Königliche Generalkommissar muß während der vierzehntägigen Sitzungsperiode im königlischen Schloß in Edinburg wohnen, er fährt im Galawagen täglich zur Kirchenversammlung, und er erhält am Eröffnungstage und am Schlußtage der Versammlung von der Schloßbatterie des Edinburger Schlosses den Königssalut. Seine Gattin muß als Vertreterin der Königin von Schottland Empfänge und Bankette im Königspalast veranstalten. Um sie bei dieser Aufgabe zu unterstützen, wird ihr aus der schottischen Aristokratie ein Stab, bestehend aus einer Hofmeisterin und zwei Hofdamen, beigegeben.

Der Ministerpräsident Ramsay Macdonald, ein Schotte, der in der Kirchengeschichte seines Landes sehr genau Bescheid weiß, hat festgestellt, daß der Generalkommissar des Königs jeder beliebige unbescholtene Schotte sein kann, der ein „angesehenes" Mitglied seiner Kirchengemeinde ist. Zur größten Ueberraschung der englischen Gesellschaft hat er daraufhin für die jetzt bevorstehende Kirchenversammlung den Führer der schottischen Bergarbeiter, den Unterhausabgeordneten James Brown, zum Generalkommissar des Königs ernannt. James Brown hat nur bis zu seinem zehnten Lebensjahre die Volksschule besucht. Durch intensive Nachtarbeit hat er sich so weit gebildet, daß er heute unter den schottischen Bergarbeiterführern die erste Stellung einnimmt. In seinem Heimatdorf im schottischen Kohlenbezirk bekleidet er die Stelle des Leiters der der Kirche angegliederten Sonntagsschule. Wenn das Unterhaus in London tagt, fährt er jeden Freitag abend mit dem Nachtschnellzug nach Schottland und kehrt am Montag vormittag nach London zurück, damit er seine Bibelstunden in seiner heimatlichen Sonntagsschule nicht ausfallen zu lassen braucht. Frau Brown ist eine einfache Frau, die sich als Leiterin von Wohlfahrtsunternehmungen in ganz Schottland einen angesehenen Ruf erworben hat. Trotzdem ihr Mann als Abgeordneter und Gewerkschaftsführer insgesamt über ein Einkommen von ungefähr 1200 Pfund im Jahre verfügen dürfte, wohnen sie immer noch in der bescheidenen Cottage von drei Zimmern, in der sie ihren Weg nach oben begonnen haben. Frau Brown kocht und wäscht selbst und genießt infolge ihrer Herzensgüte den Ruf „die Mutter der Armen" zu sein.

Herr und Frau Brown werden nun vierzehn Tage lang in dem historischen Schlosse der Stuarts in Edinburg Amt und Würde des schottischen Königspaares bekleiden. Der sehr demokratisch gesonnene schottische Adel hat sich keineswegs gegen die Ernennung des Herrn Brown, eines kirchlich gesinnten Vollblutschotten, wie er im Buche steht, gesträubt. Die Herzogin von Atholl, die Marquise Eilsa und die Nichte von Lord Balfour haben sich sofort bereit erklärt, den Hofstaat der Mrs. Brown zu bilden. Die Herzogin von Atholl, die zusammen mit Herrn Brown sich in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete im Unterhaus in London aufhält, macht mit dem „König" von Schottland Rundreisen durch Londons Modemagazine, um die Staatstoiletten der „Königin" einzukaufen.

Geärgert hat sich nur der auf die Arbeiterschaft stets hochnäsig herabblickende schottische Mittelstand, vor allem die Akademiker der Universität Edinburg. Diese Kreise haben erklärt, daß sie Einladungen zu den Hoffesten der Mrs. Brown nicht annehmen werden, denn Mrs. Brown habe keine höhere Schule besucht und sei infolgedessen nicht fähig, geistig hochstehende Konversation zu machen, die die Leuchten des schottischen Geistes glauben beanspruchen zu dürfen.

Der Oberbürgermeister von Edinburg und der Vorsitzende der Handelskammer von Edinburg haben neulich Gelegenheit genommen, bei einem Festessen gegen diesen „Snobismus unproduktiver Geistesarbeiter, denen auf Staatskosten erlaubt werde, ihren theoretischen Spielereien, wie etwa der Entzifferung assyrischer Inschriften, zu frönen", Stellung zu nehmen.

Dr. W. H. Edwards.

Die Lohnbewegungen in Berlin. Heute mittag beginnen im Rathaus die Schlichtungsverhandlungen über die von den städtischen Arbeitern geforderten Lohnerhöhungen, die etwa einen 40proz. Aufschlag zu den augenblicklichen Löhnen betragen. Die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben den Schiedsspruch, der gestern gefällt worden ist, angenommen, doch steht die Entscheidung der Direktion noch aus. Sie wird jedenfalls erst dann erfolgen, wenn der neue Tarif zwischen der Stadt Berlin und den städtischen Arbeitern geregelt worden ist. — Ernster ist die Lage bei den Verkehrs-Gesellschaften, da die Verhandlungen vor dem Schlichter, die gestern über die Frage einer Verbindlichkeitserklärung des von den Hochbahnangestellten abgelehnten Schiedsspruches stattfanden, ergebnislos verlaufen sind. Ueber die Verbindlichkeitserklärung selbst wird der Schlichtungsausschuß heute eine Entscheidung fällen. Auch bei der Straßenbahn und bei der Omnibusgesellschaft sind die Lohnverhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das Schicksal des Schlosses Niederschönhausen. Wie wir erfahren, ist der vor einiger Zeit viel erörterte Plan der Schwester Nicola Hansen, das alte Schloß Niederschönhausen, den Sommersitz der Gattin Friedrichs des Großen, in ein Volkssanatorium umzuwandeln, endgültig gescheitert, so daß das idyllische Parkschloß für diesen Zweck nicht mehr in Frage kommt. Dagegen schweben nach wie vor Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat und dem Bezirksamt Pankow über eine Verwendung des Schlosses zu Ausstellungen und Volksbildungszwecken. Da sich aber das Schloß Niederschönhausen in einem außerordentlich baufälligen Zustand befindet und im Falle einer praktischen Verwendung durchgreifender Erneuerung bedarf, ziehen sich die Verhandlungen mit der Krongutsverwaltung wegen der Höhe der Umbaukosten sehr in die Länge. Es ist überhaupt zweifelhaft, ob das schwer beheizbare und eigentlich nur für den sommerlichen Aufenthalt bestimmte Schloß für dauernde Veranstaltungen geeignet ist. Hoffentlich findet sich aber doch ein Weg, um das künstlerische Innere des Schlosses für die Allgemeinheit zu erhalten.

Auch die Wilhelmstraße tutet.

Aus der Unfallstatistik der letzten Wochen geht hervor, daß der Verkehr in den Straßen Berlins wieder beträchtlich an Umfang zugenommen hat. Man hatte sich schon den einst so starken großstädtischen Betrieb so langsam abgewöhnt. Jetzt sieht man mit einemmal wieder lange Wagenkarossen über Straßen und Plätze ziehen und man muß sich erst wieder allmählich daran gewöhnen.

Am Potsdamer Platz steht schon seit langem ein Schupobeamter, der von Zeit zu Zeit ein Tutsignal ertönen läßt, womit er den Verkehr regelt. Eine Zeitlang war dann sein Horn verstummt, Autos und Fuhrwerke zogen sich nach und nach in ihre Garagen zurück, und es gab schließlich keinen Verkehr mehr zu „regeln". Aber es wurde wieder anders, und eines Tages stand der Grüne wieder mit seiner Tute da.

Die Polizei, die jetzt so etwas wie Verantwortung für die Mißstände im Berliner Straßenverkehr zu fühlen beginnt, will wirklich etwas dagegen tun. Zunächst sollen einmal die Verkehrsbeamten an den betriebsreichen Stellen der Stadt mit Tuten ausgerüstet werden. Und als gestern der Passant, der tagtäglich durch die Leipziger Straße gehen muß, an der Kreuzung der Wilhelmstraße vorüberkam, da gellte ihm plötzlich ein helles Hornsignal in die Ohren. Es war keine melodiöse Autohupe, es war ein Schupomann, der auf der „Verkehrsinsel" neben dem ehemaligen Kriegsministerium stand und zum erstenmal fröhlich in die Tute blies, ein Beginnen, das er in kurzen Abständen bis auf weiteres zu wiederholen gedenkt. Man war erstaunt und verwundert, sagte sich aber, daß auch in der Wilhelmstraße möglich sein müsse, was am Potsdamer Platz nicht ohne Erfolg geübt worden ist. Und es zeigte sich, daß Kutscher und Chauffeure, Radler und Motorradfahrer auch hier verständnisvoll dem Tuten gehorchten.

Also wird, wenn sich der Verkehr so weiter entwickelt, künftig ein schmetterndes Tutkonzert zwischen den Häusern Berlins erschallen. Hoffentlich aber bleibt das Blasen ins Horn nicht die einzige Maßnahme, die die Polizei gegen die Mißstände im Verkehr ergreifen will. Denn Tuten allein tut's nicht ... rdm.

*

Regierungsdirektor Dr. Mosle vom Berliner Polizeipräsidium, der Leiter der Abteilung II, dem auch die Verkehrspolizei untersteht, hat heute vormittag mit mehreren Sachverständigen eine Orientierungsfahrt durch die Straßen Groß-Berlins unternommen. Der Zweck dieser Fahrt ist, die offensichtlichen Mißstände im Berliner Verkehr zu beobachten und Maßnahmen für deren Abstellung zu treffen.

In Oesterreichs treuer Pflege. In diesen Tagen kamen wieder weit über 1000 Kinder aus Deutschland zu mehrmonatiger Pflege nach Oesterreich. Ein Transport brachte auf Einladung des Landes Niederösterreich hauptsächlich Kinder aus Sachsen und Bayern. In einem zweiten Zug waren etwa 800 Kinder deutscher Turner, die vom Deutschen Turnerbund in Oesterreich eingeladen waren; zu ihrer Begrüßung bei der Ankunft in Wien hatten sich Vertreter der Deutschen Gesandtschaft, der Regierung, des Turnerbundes und der Gesangvereine eingefunden.

Verbrecherflucht durch die Schaufensterscheibe. Heute früh gegen vier Uhr wurde in der Lindower Straße 23, in der Nähe des Wedding, ein Einbruch verübt. Zwei Einbrecher waren in eine Eis-Konditorei eingedrungen, nachdem sie die Glastür aufgebrochen hatten. Auf der Straße bemerkte ein Wächter die aufgebrochene Tür und trat in den Laden. Da sich die beiden Einbrecher nicht meldeten und sich zu verstecken suchten, gab er mehrere Schüsse in den Laden ab, die die Einbrecher in die Flucht trieben. Da ihnen aber der Rückweg durch die Tür abgeschnitten war, sprangen sie durch die Schaufensterscheibe und gelangten so auf die Straße. Einer von ihnen hatte sich, wie Blutspuren bewiesen, dabei schwer verletzt. Man ging den Spuren nach und fand den Mann im Flur des Hauses Antonstraße 1 besinnungslos liegen. Seine Pulsader war durchschnitten, außerdem hatte er im Gesicht noch andere Schnittverletzungen. Er wurde als ein Arbeiter Schuhmacher aus der Kolberger Straße festgestellt und mußte in bedenklichem Zustand nach dem Staats-Krankenhaus gebracht werden. Sein Helfer ist in der Dunkelheit entkommen.

Die Papageien-Diebstähle im Zoo. Die wiederholten Diebstähle im Berliner Zoologischen Garten, bei denen dem Verbrecher wertvolle Papageien in die Hände gefallen sind, konnten jetzt von der Berliner Kriminalpolizei zum Teil aufgeklärt werden. Die Ermittlungen haben auf die Spur eines jungen Mannes geführt, der ohne Zweifel ein gewerbsmäßiger Spezialist für Vogeldiebstähle ist, in Deutschland umherreist und allem Anschein nach auch schon andere Zoologische Gärten geschädigt hat. In Berlin sprach er bei verschiedenen Vogelhandlungen im Norden der Stadt, z. B. am Weinbergsweg und in der Veteranenstraße, vor und bot dort Papageien und Silberfasane zum Kauf an. Er hatte einen Pappkarton bei sich, in dem sich zwei Vögel befanden. Der Mann erzählte, er sei kürzlich zu Schiff in Hamburg angekommen, habe eine Anzahl ausländischer Vögel mitgebracht, die er jetzt verkaufen müsse, da er das Geld für die Weiterreise brauche. In einigen Fällen fand er auch Abnehmer, die ihm für einen Papagei bis zu 300 M. zahlten. Den Kriminalbeamten ist es gelungen, auf diese Weise vier Papageien, die aus dem Berliner Zoo stammten, zu entdecken, drei der wertvollen Vögel wurden bei Händlern, der vierte bei einer Familie in Charlottenburg wiedergefunden, die ihn in einer Vogelhandlung gekauft hatte. Allem Anschein nach ist auch der fünfte Papagei irgendwo in Berlin angekauft worden. Ein Karton, den der Verkäufer in einem Geschäft zurückgelassen hat, stammt aus Bonn am Rhein. Wahrscheinlich hat er auch hier die Silberfasane, die aus einem auswärtigen Zoologischen Garten stammen, zu Geld gemacht.

2380 Mark für vier Zeilen von Goethe. Die heutige Versteigerung bei Henrici begann mit Gegenständen, die sich auf Goethe und seinen Kreis beziehen. Gleich zu Anfang wurden 2380 Mark für Goethes Vierzeiler aus den Sprüchen in Reimen bezahlt, 700 und 750 Mark wurden für Zeichnungen von Goethe gegeben. Die bisher unbekannte Goethe-Zeichnung von Lyser stieg auf 700 Mark.

Eine neue Tennisplatzanlage. Der Tennis-Club 1900, Berlin (Gelb-weiß), der in diesem Jahre sein 25jähriges Jubiläum begeht, rückt durch die Schaffung einer neuen, vielleicht in ganz Deutschland einzigartigen Platzanlage in die allererste Reihe der hiesigen Sportvereine. Er errichtet nämlich auf seinen Plätzen in der Kaiserallee nicht nur ein nach amerikanischem Vorbild entworfenes Klubhaus mit modernsten Einrichtungen, sondern legt auch mehrere neue Meisterschaftsplätze mit Tribünen an. Erste Architekten und Platzsachverständige bürgen dafür, daß etwas ganz Vollendetes für den Sommer- und Wintersport geschaffen wird. Mit den Arbeiten ist bereits begonnen. In der ordentlichen Mitgliederversammlung des Klubs wurden einstimmig die ausscheidenden Ausschußmitglieder wiedergewählt. Sodann fanden in der Ausschußsitzung die Vorstandswahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Vorsitzender Rechtsanwalt Dr. Lehmann, stellvertretender Vorsitzender Rechtsanwalt Ernst Schwarz, Schriftführer F. W. Starke, Schatzmeister Justizrat Dr. Arndt, Sportwart Landrichter Rothe, Technischer Beirat Sanitätsrat Dr. Seckmann.

Die Kunstgewerbeschule zieht um

Seit gestern stehen vor den Türen der Kunstgewerbeschule in der Prinz-Albrecht-Straße ein Dutzend Möbelwagen, in die eine kleine Armee von Trägern Gipsfiguren, Gipsabgüsse, Statuen, Bündel von Malerkitteln hineintragen. Seit gestern also zieht die Schule um, und zwar nach der Hardenbergstraße, in einen Teil der Räume der Akademie. Traurig stehen kleine Gruppen von Schülern und Schülerinnen vor dem Möbelwagen und blicken resigniert auf all die Kunstwerke, die da in Kisten verpackt werden. Der ganze Umzug wird noch etwa 14 Tage dauern; was dann in die verlassenen Räume des großen Gebäudes in der Prinz-Albrecht-Straße kommt, ist allerdings immer noch nicht geklärt.

Inzwischen scheint es zwischen Regierung und Landtag zu einem Konflikt zu kommen; gestern tagte nämlich der Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages in der Frage des Umzugs. Der Landtag hatte ursprünglich beschlossen, vor der Weiterführung der Arbeiten zur Verlegung der Anstalt eine Vertretung der Akademie der Künste, der Hochschule für die bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule als sachverständige Berater hinzuzuziehen, ob ein Umzug überhaupt nötig sei. Zur Einberufung dieses Ausschusses ist es aber nie gekommen.

Der Landtag beschloß nun gestern, daß diese Vertretung nunmehr ungesäumt berufen werden soll, damit sich die Regierung mit ihr über die weiteren Maßnahmen hinsichtlich der künftigen organisatorischen Gestaltung des Kunstschulwesens ins Benehmen setzen kann.

Dieser Beschluß kommt etwas spät angesichts der vollbepackten Möbelwagen in der Prinz-Albrecht-Straße. Man hätte eben die Vertretung wählen und anhören müssen, bevor mit der Räumung der Kunstgewerbeschule begonnen worden ist.

Strausberg.

Mittwoch, 16. April, 3 Uhr.

1. Tor die Quinto — Turfball.
2. Palestrina II — Schnucki II.
3. Treue Wacht — Glashäger.
4. Brise — Sonnenschein.
5. Herbststurm — Hüteger.
6. Elschen — Zwirn.
7. Solo — Fata Morgana II.

Die Magdeburger Rennen nach Leipzig verlegt. Infolge des Hochwasserstandes der Elbe ist ein Teil der Magdeburger Rennbahn unter Wasser gesetzt. Aus diesem Grunde wurde die für den 12., 13., 15. und 20. April vorgesehene Eröffnungsveranstaltung um acht Tage verschoben. Da die Magdeburger Rennbahn auch jetzt noch nicht in gebrauchsfähigem Zustande ist, durch das weitere Steigen der Elbe sogar noch mehr gelitten hat, sind die Magdeburger Osterrennen nach Leipzig verlegt worden. Das für den 20., 21., 24. und 26. April bereits festgesetzte Programm wird in allen Punkten aufrecht erhalten.

Motorsport-Tafelrunde Berlin. Unter diesem Namen hat sich eine Vereinigung von Berliner Sportleuten gebildet, deren Zweck neben der Pflege des Motorsports auch die der Geselligkeit in engerem Rahmen ist. Diese Vereinigung, deren Mitglieder durch Ballotage ergänzt werden, wird im kommenden Sportjahre mit einigen bemerkenswerten sportlichen Veranstaltungen hervortreten. Auf der letzten Tagung der Tafelrunde im Hotel Atlas wurden etliche interessante Bemerkungen über das Sportjahr des neuen Vereins gemacht. So will die M.T.B. einen Berliner Großsporttag veranstalten, bei dem vor allen Dingen einige flugsportliche Konkurrenzen bemerkenswert sind. Neben Bahn- und Straßenrennen für Räder und Wagen soll nämlich auch ein Flugzeugverfolgungsrennen abgehalten werden, bei dem die Markierung der Strecke durch die bekannte Himmelsschrift, japanisches Tagesfeuerwerk u. a. bewerkstelligt wird.

Die Schießerei in der Hagenauer Straße. Der 18 Jahre alte Arbeiter Emil Stolzfuß, der in der Nacht zum Montag durch einen Brustschuß in der Hagenauer Straße schwer verletzt wurde, konnte bisher noch immer nicht vernommen werden. Daher ist die Angelegenheit noch nicht weiter aufgeklärt. Festgestellt ist lediglich, daß Stolzfuß, der Führer einer Jugendgruppe gewesen ist, am Sonntag mit zehn jungen Leuten einen Ausflug unternommen hat. Diese sind alle von der Polizei verhört worden, behaupten aber, daß sie Stolzfuß nicht nach Hause begleitet haben. Die beiden Männer, die nach Beobachtungen von Hausbewohnern kurz, nachdem der Schuß gefallen war, das Haus verlassen hatten, scheinen nicht unter ihnen zu sein.

Königstädtisches Reform-Realgymnasium. Vom 1. Mai ab wird das Königstädtische Realgymnasium in ein Reform-Realgymnasium verwandelt, das mit dem Französischen beginnt. Latein tritt erst in Untersekunda, Englisch in Untertertia an.

Kirchenkonzert. Anna von Pilgrim (Violinvirtuosin), Gertrud Woldmann, Konzertsängerin (Sopran), Gustav Franz, Konzertsänger (Baßbariton), der Apostel-Paulus-Kirchenchor und Organist Paul Weise sind die Mitwirkenden des am Karfreitag, 8 Uhr abends, in der Apostel-Paulus-Kirche (Grunewaldstraße) stattfindenden Konzertes. Eintritt frei.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend. Beträchtliche Erwärmung, vielfach heiter, keine erheblichen Niederschläge, mäßige südwestliche Winde.

In ganz Deutschland mildes Wetter. In der westlichen Hälfte Regenfälle.

Wiederholt.

[In einem Teil der Morgenausgabe bereits erschienen.]

Die gestrigen Beratungen mehrerer Reichsminister mit den Ministerpräsidenten der Länder über die **Antwort an die Reparationskommission** haben in den wesentlichsten Punkten weitestgehende Einmütigkeit erzielt. Das Reichskabinett wird erst heute nach Anhörung der Parteiführer Beschluß fassen. Man darf als gewiß annehmen, daß sich die Reichsregierung für eine schriftliche Antwort entscheiden wird.

*

Die **englisch-russische Konferenz** wurde gestern in London mit einer Begrüßungsansprache Macdonalds **eröffnet**.

*

Die **„Rote Fahne"** ist, wegen Abdrucks der vom Parteitag der K. P. D. gefaßten Resolution, auf zwei Wochen **verboten** worden.

*

In **New York** notierten gestern: Tägliches Geld 4¼ pCt. (Vortag: nom.). — Wechsel auf London (Cable Transf.) 4,3462 (4,3350), do. (60 Tage) 4,3162 (4,3050), do. **Paris 6,09** (6,04), do. Amsterdam 37,18 (37,22), do. Kopenhagen 16,50 (16,51), do. Prag 2,97 (2,97), do. **Berlin (Schlußkurs) Geld 22¼ C.** (22¼ C.), do. **Brief 22¼ C.** (22¼ C.). — Baumwolle, Tendenz: kaum stetig; do. loko 30,40 (31,50), do. per Mai 30,00—30,05 (31,14—31,17), do. per Juli 28,68—28,71 (29,65—29,68), per August 26,40—26,40 (27,50—27,50), do. per September 25,80—25,80 (26,35—26,35). — Baumwollzufuhr in Atlant.- u. Golf-Häfen 11 000 (5000).

In **Chikago** notierten gestern: Weizen, Tendenz: willig; per Mai 101⅝ (102⅛), per Juli 103⅛ (104). — Mais, Tendenz: kaum stetig; per Mai 77⅛ (77½), per Juli 78⅝ (78¾). — Hafer, per Mai 46⅞ (47), per Juli 44 (44⅛). — Roggen, per Mai 65⅛ (65⅝), per Juli 67 (67⅛).

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln.
Verlag und Druck: Ullstein A.G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 181 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Dienstag, 15. April 1924, abends

Die Metalltermingeschäfte gültig!

Von

Justizrat **Dr. Meschelsohn,** Berlin.

In den hiesigen Metallhandel ist eine fast unerträgliche Unruhe hineingetragen, seitdem das Landesfinanzamt in Leipzig einigen sächsischen Firmen mitgeteilt hat, daß die von ihnen abgeschlossenen Metall-Termingeschäfte gegen Zahlung von französischen Franken ungültig und sogar strafbar seien.

In einer Verfügung vom 7. April heißt es wörtlich: „daß die Geschäfte gemäß § 2 Abs. 1, § 8 Abs. 1 und § 11, Abs. 1 der Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Maßnahmen gegen Spekulation), vom 8. Mai 1923/29. Juni 1923 (RGBL. s. 275 und 507) in Verbindung mit der Verordnung vom 2. November 1923 III unter 2 (RGBL. I. s. 1073) nichtig und strafbar sind, soweit die Zahlung in ausländischer Währung gefordert worden ist.“ Das Landesfinanzamt erklärt weiter, daß es sich eine Kontrolle vorbehält und von den erwähnten Geschäften dem Kommissar für Devisenerfassung Anzeige erstatte. Der Erfolg dieses Schreibens war, daß eine ganze Reihe von sächsischen Firmen erklärt hat, die getätigten Termingeschäfte nicht abzuwickeln.

Es ist so klar, daß die Auffassung des Landesfinanzamtes gegen die Vorschriften des Gesetzes verstößt, daß man sich wundern muß, wie eine Behörde eine so unrichtige Handhabung des Gesetzes vertreten will. Der Kommissar für Devisenerfassung hat deshalb sofort auf die ihm vom Landesfinanzamt Leipzig erstattete Anzeige in unzweideutiger Weise den Standpunkt des Landesfinanzamtes mißbilligt. In seinem an das Landesfinanzamt Leipzig gerichteten Schreiben heißt es:

„Nach einer hier eingegangenen Mitteilung ist hinsichtlich der von einem Teil der Metallhändler auf Frankenbasis getätigten Terminbleikontrakte dort der Standpunkt vertreten worden, daß die Geschäfte gemäß § 2 nichtig und strafbra sind, soweit die Zahlungen in ausländischer Währung gefordert worden sind.

Ich weise demgegenüber darauf hin, daß im Regelfall diese Geschäfte nicht auf Grund einer verbotswidrigen Zahlungsforderung in ausländischer Währung zustandegekommen sind, sondern entweder Einfuhranschlußgeschäfte waren oder auf Grund freier Vereinbarung beider Parteien getätigt wurden. Die Vereinbarung der Zahlung in ausländischer Währung durch die vertragschließenden Parteien ist jedoch nach § 3 Ziff. 4 der Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung zulässig. Durch eine derartige Vereinbarung wird der Käufer auch verpflichtet, die Zahlung in ausländischer Währung zu leisten. Das Vorliegen einer „Vereinbarung“ kann allerdings im Einzelfall nicht immer nachgewiesen werden; in den hier vorliegenden Fällen scheint es sich in der Mehrzahl aber ausschließlich um Spekulationen in Franken zu handeln, d. h. um Geschäfte, die auch von dem Käufer nicht anders als auf Frankenbasis abgeschlossen sein würden. Die Entwicklung des Frankenkurses hat diese Käufer, anscheinend meist Spekulanten, zu dem Versuch geführt, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Ein solches Vorgehen, das gegen Treu und Glauben verstoßen würde, durch die staatlichen Machtmittel zu unterstützen, will mir nicht praktisch erscheinen. Auch aus dem Gesichtspunkte der Devisenbeschaffung heraus scheint dies nicht erforderlich, da letzten Endes die in Frage kommenden Beträge trotzdem in das Ausland abgeführt werden müsen. Es würde also lediglich eine Verschiebung der Verluste aus dieser Frankenspekulation auf andere, allerdings leistungsfähigere Schultern eintreten. Derartige Spekulationen würden dann erleichtert werden, statt sie zu verhindern. Ein Teil der Käufer, der jetzt die Nichtigkeit der Geschäfte geltend gemacht hat, wird auch in der Lage sein, sich auf anderem Wege (Verkauf anderer Metalle) die nötigen Devisen zu beschaffen; der Rest würde in Mark zahlen müssen.“

Man erwäge, daß die Verordnung vom 2. November 1923 ausdrücklich lediglich verbietet, Zahlung in ausländischer Valuta zu fordern, nicht aber verbietet, wie es in den früheren Verordnungen vom 8. Mai/29. Juni 1923 der Fall war, beim Verkauf von Waren Zahlung in ausländischen Valuten sich versprechen zu lassen oder anzunehmen. Damit ist klargestellt, daß nur das Einfordern der Zahlung in ausländischen Valuten untersagt ist; es kann für die Regel nicht auf Zahlung ausländischer Valuta bei Inlandsgeschäften geklagt werden, sondern der Verkäufer muß sich, wenn der Käufer nicht freiwillig Zahlung in ausländischer Valuta leistet, mit Zahlung in deutscher Währung zum Tageskurs begnügen.

Es steht zu erwarten, daß das Landesfinanzamt Leipig denjenigen Firmen, denen es seine unrichtige Auffassung mitgeteilt hat, umgehend eine richtige Rechtsbelehrung zuteil werden läßt, so daß ihnen der sehr bequeme Vorwand für die Erfüllungsverweigerung ihrer Termingeschäfte genommen wird, daß sie sich durch die Erfüllung strafbar machen und daß die Geschäfte nichtig sind.

Zuschußbedarf der Reichskasse in der ersten Aprildekade. In dem Zeitabschnitt vom 1.—10. April betrugen die Ablieferungen bei der Reichshauptkasse rund 134,1 die Auszahlungen rund 150,7, mithin der Zuschußbedarf des Reiches ca. 16,6 Millionen Goldmark. Der Rückgang der Einnahmen um etwa 45 Mill. Goldmark gegenüber der Vordekade ist darauf zurückzuführen, daß die Einzahlungen auf die am 10. April fällig gewesenen Steuern sich erst in der nächsten Dekade auswirken werden. Die Ausgaben sind um ca. 38,6 Mill. Goldmark zurückgegangen und betragen im Tagesdurchschnitt nur 16,5 gegenüber 21 Mill. Goldmark in der Vordekade, wobei indes zu berücksichtigen ist, daß in der Berichtsdekade keine Besoldungszahlungen, wohl aber ungefähr 17,8 Mill. Goldmark Ausgaben für die Verzinsung der Reichskredite der Rentenbank zu leisten waren.

Panzer A.-G., Berlin. Die G.-V. genehmigte den Abschluß, nach dem der Reingewinn von 4,58 Bill. M. auf neue Rechnung vorgetragen wird. In den Aufsichtsrat wurde das bisherige Vorstandsmitglied Wilhelm Pake, Wolgast, und Baumeister Ludw. Nette, Berlin, neu gewählt. Ueber den bisherigen Verlauf des neu begonnenen Geschäftsjahres wurde verwaltungsseitig mitgeteilt, daß der Geschäftsgang in Berlin in den ersten Monaten befriedigend, in Wolgast schleppend war. In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis umgekehrt gestaltet.

H. Leutke A.-G., Pianofortefabrik, Leipzig. Der Fabrikationsertrag des am 31. Dezember abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 85 605 Bill. M., dagegen erforderten Generalunkosten 48 604 Bill. M. Der nach Abschreibungen von 2000 Bill. M. und Steuerrücklagen von 10 000 Bill. M. verbleibende Reingewinn von 25 000 Bill. M. soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Es war der Gesellschaft möglich, das Unternehmen durch den Erwerb der Aktienmehrheit der Deutschen Mikroni-Werke A.-G., sowie durch Angliederung der Orgel- und Harmoniumfabrik R. Metzner zu vergrößern und auszubauen. Die vorliegenden Aufträge sichern bei auskömmlichen Preisen volle Beschäftigung auf Monate hinaus. In der Bilanz erscheinen Kassenbestand, Schecks und Wechsel 12 592 Bill. M.; Außenstände und Bankguthaben 165 132 Bill. M., Vorräte und Fabrikate 58 802 Bill. M., dagegen Verbindlichkeiten 219 526 Bill. M.

Devisen-Bewegung.

Zunehmende Markbefestigung.

Die Umsatztätigkeit am Devisenmarkt war heute eher noch geringer als in den letzten Tagen. Allenthalben herrscht daher eine starke Zurückhaltung.

Bemerkenswerte Festigkeit wies heute wiederum die Mark im Auslande auf. Die letzten Meldungen zeigen eine weitere Steigerung der Kurse: In Amsterdam ist die Mark auf 60¾ gestiegen, aus Zürich wird sie mit 1,28¼ gemeldet und aus London mit etwa 18⅝. Auch für den Franken war die Tendenz weiter fest, weil von verschiedenen Seiten weitere Deckungskäufe darin vorgenommen wurden. London gegen Paris wurde anfangs mit 70,90 gehandelt, ging im Verlauf aber noch weiter zurück, und zwar bis auf 70,62, Kabel New York gegen Paris stellte sich zunächst auf 16,36, um später bis auf 16,24 nachzugeben.

Im übrigen zeigte der Devifenmarkt ein wenig verändertes Bild. Bei der Zuteilung in den maßgebenden Devisen fanden nennenswerte Aenderungen nicht statt und erwähnenswert bleibt lediglich die schwächere Haltung des Gulden, die mit größeren Rohstoffbezügen seitens Hollands erklärt wird.

Berliner amtliche Devisenkurse.
In Billionen Mark.

Telegr. Auszahlungen Reichsbank-Diskont *)		Bank-Diskont	15. 4. Geld	15. 4. Brief	14. 4 Geld	14. 4 Brief
Holland	100 Gulden	5	156,11	156,89	156,11	156,89
Belgien	100 Frank.	6	22,34	22,46	21,65	21,75
Christiania	100 Kron.	6	57,85	58,15	57,61	57,89
Kopenhagen	100 Kron.	7	69,53	69,87	69,33	69,67
Schweden	100 Kron.	5½	110,72	111,28	110,72	111,28
Danzig	100 Gulden	12	73,01	73,49	72,81	73,19
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,52	10,58	10,47	10,53
Italien	100 Lire	5½	18,75	18,85	18,65	18,75
London	1 Lstr.	4	18,255	18,345	18,205	18,295
New York	1 Dollar	4½	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Frank.	6	25,94	26,06	25,44	25,56
Schweiz	100 Frank.	4	73,82	74,18	73,52	73,88
Spanien	100 Peseten	5	56,56	56,84	56,26	56,54
Deutsch-Oest. abg.	100000 Kron.	9	6,08	6,12	6,08	6,12
Prag	100 Kron.	6½	12,46	12,54	12,46	12,54
Budapest	100000 Kron.	18	6,08	6,12	6,08	6,12
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,375	1,385	1,375	1,385
Bulgarien	100 Leva	6½	3,29	3,31	3,29	3,31
Japan	1 Yen	—	1,755	1,765	1,775	1,785
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,475	0,485	0,475	0,485
Jugoslawien	100 Dinar	—	5,63	5,67	5,63	5,67
Portugal	100 Escudos	—	12,96	13,04	12,96	13,04

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do. do. Lombard 12%.

*

Am Markt der Dollarschatzanweisungen war heute kleines Angebot festzustellen, und der Kurs ging von 82,80 bis auf 82,70 bz. zurück. Goldanleihe stellte sich unverändert auf 4,2 Billionen, Gold-K-Schätze auf 600 Milliarden.

Berliner Produktenverkehr.

Die heutige Berliner Produktienbörse verkehrte in schwacher Haltung. Größeres Angebot lang nur in Roggen vor, jedoch war hierin, wie in allen übrigen Artikeln die Kauflust sehr gering. Der Mehlmarkt liegt gleichfalls unverändert still. Das Preisniveau ist wenig verändert.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 15. April
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	170 177	170—177	Vikt.-Erbs	27,00—28,00	27,00—29,00
" pomm.	166—168	166—168	Kl. Speise	16,00—17,00	16,00—17,00
" schles.	—	—	Futtererbs.	13,50—14,00	13,50—14,00
Roggen, märk.	132—139	133—140	Peluschken	12,50—14,00	12,50—14,00
" pomm.	128—132	128—134	Ackerbohn	16,00—18,00	16,00—18,00
" meckl.	—	—	Wicken	12,00—14,00	12,00—14,00
" westpr.	—	128—130	Lupin.blaue	12,50—13,00	12,50—13,00
Gerste, Brau-	170—190	170—190	do. gelbe	16,50—17,50	16,50—17,50
" Futter-	150—165	150—165	Serradella	12,00—14,00	12,00—14,00
Hafer. märk.	125—132	125—132	Rapskuchen	11,50	11,50
" pomm.	120—128	120—128	Leinkuchen	22,00—23,00	22,00—23,00
Mais loko Berlin	—	—	Trockenschnitzel	9,70—9,80	9,50—9,60
waggonfr. Hamb.	—	—			
Weizenmehl	24,75—26,50	25,00—26,75	Vollw. Zuck. Schnitzel	—	—
Roggenmehl	20,75—22,50	20,50—22,75			
Weizenkleie	—	10,70—10,80	Kartoffelflocken	20,50—20,80	20,30—20,50
Roggenkleie	8,70—8,80	8,60—8,70			
Raps	310	310	Torfmelasse		
Leinsaat	410	410	Mischg. 30/70	8,40—8,60	8,40—8,60

Tendenz: Weizen, Gerste, Hafer, Raps und Leinsaat still, Roggen, Weizen und Weizenmehl matt, Weizenkleie geschäftslos, Roggenkleie fest.

Kartoffelnotierungen vom 15. April. Weiße 2,40, rote 2,50, gelbfl. 3,50.

Butternotierungen vom 15. April. I. Qual. 168, II. Qual. 163, abf. 150. Tendenz: fest.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in Billion. M)		15. April	14. April
Elektrolytkupfer wite bars (festgestellt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)		135,25	135,25
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99-99,3 pCt. f. 1 kg in Billion. M.		1,19—1,21	1,20—1,22
Originalhüttenweichblei	do.	0,62—0,64	0,63—0,65
Hüttenrohzink, Preis im freien Verk.	do.	0,63—0,65	0,63—0,65
Remelted Plattenzink	do.	0,55—0,56	0,55—0,56
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	—	—
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	—	—
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	do.	5,00—5,10	5,05—5,15
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	do.	4,85—4,90	4,90—5,00
Reinnickel	do.	2,30—2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	do.	0,92—0,94	0,90—0,92
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	93,50—94,50	94,00—95,00

Neue Goldumrechnungskurse für Zollzahlungen im besetzten Gebiet. Die Generalzolldirektion der besetzten Gebiete hat, *wie dem „Konf.“ berichtet wird*, die Goldmarkumrechnungskurse für die Zollzahlungen neu festgesetzt. Bis auf weiteres entsprechen der Summe von 100 Goldmark: 455,50 französische Fr., 570 belgische Fr., 137,75 Schweizer Fr., 555,50 ital. Lire, 23,83 Doll., 64,50 holl. Gulden, 182,75 span. Peseta, 5,53 Pf. Sterl. Die Papiermark wird zur Goldmark mit 110 Billionen, also mit einem zehnprozentigen Agio umgerechnet.

Erdöl-Import-A.-G., Charlottenburg. Die seit dem Herbst vorigen Jahres eingetretenen Verluste des im vorigen Jahre mit 200 Mill. M. gegründeten Unternehmens werden, wie die Verwaltung mitteilt, auf 20 000 Goldmark beziffert. Eine aus Aktionärskreisen gebildete Sanierungskommission strebt die Behebung der Schwierigkeiten durch Kapitalserhöhung und Abfindung der Aktionäre mit neuen Aktien an.

Die Aussperrung bei der Continental Caoutchouc. Die ausgesperrte Belegschaft der seit dem 31. März stillliegenden Caoutchouc u. Guttapercha Compagnie, die gestern über die am Sonnabend aufgestellten Richtlinien zur Arbeitswiederaufnahme abzustimmen hatte, hat die Annahme dieser Richtlinien abgelehnt. Die Leitung des Werkes beabsichtigt nunmehr, durch Neueinstellungen zu den in der Gummiindustrie allgemein geltenden Arbeitsbedingungen das Werk wieder in Gang zu bringen.

Kaum behauptet.

Bei äußerst geringem Geschäft.

Zu den ersten Kursen der heutigen Börse konnte nur eine geringe Anzahl von Werten den Stand ihrer gestrigen Schlußnotierungen voll behaupten. Die weitaus überwiegende Mehrzahl zeigte kleine Abbröckelungen. Wenn auch von verschiedensten Bankseiten aus offentsichtlich systematische Käufe vorgenommen werden und wenn man auch hier die wirtschaftliche und politische Situation im allgemeinen durchaus günstiger ansieht, so veranlaßt doch die Tatsache, daß wir vor einer fast einwöchigen Börsenruhe durch das Osterfest stehen, viele Kreise zu Glattstellungen. Daß das Angebot dabei keineswegs dringend ist, zeigen die geringen Kursveränderungen. Das Geschäft war gegenüber gestern wesentlich ruhiger. Auch im weiteren Verlauf zeigte sich keine Belebung, die Kurse bröckelten verschiedentlich weiter ab.

Am Montanmarkt erlitten Stolberger Zink (— 3¾) und Riebek Montan (— 2) die größten Verluste. Etwas fester lagen dagegen Essener Steinkohlen mit + 1¼; Kali- und chemische Werte kaum verändert, nur Anglo-Guano (— 1¼) merklich schwächer. Unter Elektrizitätswerten hatten Felten u. Guilleaume mit — 1⅜ die Spitze in der Abwärtsbewegung und Siem.-Halske konnten auf die Abschluß hin weitere 2¼ gewinnen.

Maschinenfabriken lagen ziemlich geschäftslos. Zu erwähnen sind lediglich Augsburg-Nürnberg (— 2) und Motoren Deutz (— 1⅛). von Metallwerten hatten nur Hirsch Kupfer mit — 2½ eine nennenswerte Einbuße.

Von Schiffahrtsaktien verloren Kosmos 2. Unter den Bankwerten ist nur Berliner Handels-Ges. mit 1¼ hervorzuheben.

Von Kolonialwerten nannte man: Sloman 11, Südsee 9, Diamond 15, Salitrera 230.

Von russischen Werten wurden gehandelt: 1902er Russen 2,7 Petersburger Intern. 2,8, Russenbank 6.

Am Markt der unnotierten Werte war die Tendenz ebenfalls eher schwächer. Es notierten:

Notierungen in Billionen Prozent.

	15 4						
		Dt.Wld. u.H.	0,225	Holzm. Glas	0,85	*Pomona	—
Adler Kohle	12,00	Dt. Erdöl	39,00	Huttenloch	1,25	Pose	0,75
Agema	0,35	*Dt.Kol.-Ant	—	Ifa	—	J. Roth AG.	1,625
AG.f.Petr-I.	4,75	Dt. Lastauto	2,225	Ipu	—	Ruhland W	1,75
Allemania	0,70	Dt. Petrol.	14,25	Kab. Rheydt	7,00	Schebera	2,50
A. Hochbau	1,17	Dortm. Cem.	0,825	Koch Schiff	—	Schles.-Trier	—
Alth. Amb. F.	—	DuxPorzell.	—	Krügersh.	6,75	Schwerdtfg	3,00
Bayernw. Hz	—	Elektr. Osm.	0,50	Kurs. Brk	1,175	Jul. Sichel	8,00
Beck. Kohle	8,25	Evaporator	1,20	Lerche&Nip	0,525	Stock & K.	0,50
BeckerStahl	8,00	Fraurth. Pz.	14,00	Lloyd-Dyn.	3,50	StoewerMot.	5,75
Benz	5,00	Frist. & Ross	—	Manoli Zig.	1,10	Stralau Glas	14,00
Bln.-Halbst.	0,50	Getreide-C.	—	Martins&Bl	0,15	Technik	0,385
Berlin Bod.	—	Glückauf B.	2,25	Meurer	0,45	Terra-Film	1,00
Brand. Futt.	—	Görlitz. Ztrf	0,33	MeyerTextil	0,75	Thür. Uhren	1,75
Brown Bov.	2,50	Grade-Auto	0,40	Muldenthal	0,135	Tiag	2,50
Buciag	—	Grade-Mot.	1,25	Mühl. Kaffee	0,70	TriererWlz.	24,00
*C. Hisp arg	305,00	Großkr. Fr.	3,50	Nation. Film	0,625	Tuchsch. Hlz	1,25
* do. span.	295,50	Hannov Kali	20,00	Nicolai Tab.	0,95	Ufa	6,50
* do. Aktien	1350,00	Hasse & Co.	0,85	Nienbg. Eis.	1,10	Ummendorf	1,50
Chem. Hahn	0,325	Heldburg	30,00	NiwelZigar.	0,225	Vema	—
Chem Lübbe	—	Hintz Grün.	0,475	Oehring. Bg.	—	Vogtldr. &S.	—
Dauerwsch.	0,525	Hochfrequ.	10,00	Olea	4,00	Warenkrbk.	0,025
Dt. Chem. W	0,30	Holsatia	1,50	OswaldFilm	0,20	Zeitz. chem.	6,75

* In Mark per Stück.

*

Am Geldmarkt trat heute eine leichte Verteuerung hervor, die Geldgeber, die gestern mit ¾ pro Mille pro Tag tägliches Geld dem Markte zur Verfügung gestellt hatten, hielten heute auf einen Mindestsatz von 1 pro Mille.

*

Reichspostgelder bei der Reichsbank.

Wie wir hören, ist zwischen der Reichsbank und der Reichspostverwaltung ein Abkommen zur Beschäftigung der disponiblen Gelder der Post zustande gekommen. Die Postverwaltung wird für die Mittel, die sie zur Einlage bei der Reichsbank verfügbar hat, aus dem Wechselbestande der Reichsbank kurzfristige Wechsel überwiesen bekommen, und zwar zum Diskontsatz von netto 9 pCt. (Reichsbankdiskont abzüglich 1 pCt. Reichsbankspesen). Die Post kann jeweils bei Verfall der Wechsel zu denselben Bedingungen neue Wechsel von der Reichsbank erhalten.

*

Frankfurter Börse.

Die Börse eröffnete bei ruhigem Geschäft behauptet. Im Freiverkehr hörte man: Api 5, Stahlwerk Becker 8⅛, Becker Kohle 8½, Benz Motoren 5, Hansa-Lloyd 1,8, Ufa 6¾, Krügershall 6½, Badische Anilin 16⅜, Scheideanstalt 18, Sichel 8¼, Licht u. Kraft 11¼. Tägliches Geld ½ pro Mille.

Berufung in dem Aufwertungsurteil gegen die Roggenrentenbank. Wie wir bereits mitteilten, ist die Roggenrentenbank A.-G., Berlin, deren Roggenrentenbriefe als ältestes Sachwertpapier eine weite Verbreitung gefunden haben, kürzlich durch ein Urteil des Landgerichts II in Berlin zur Nachzahlung eines Aufwertungsbetrages für die am 1. Januar fälligen Zinsen ihrer Roggenrentenbriefe verurteilt worden. Uns geht soeben die Nachricht zu, daß die Roggenrentenbank gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt hat, und daß dieser Rechtsstreit voraussichtlich in nächster Zeit das Kammergericht beschäftigen wird. Im übrigen teilt die Roggenrentenbank noch mit, daß sie bis zur endgültigen Klärung des Rechtsstreites nicht beabsichtigt, von ihrer bisherigen Einigungspraxis abzugehen.

Aufwertung von Geschäftsanteilen und Spargeldern. Die Hansabank G. m. b. H., Staufen i. Baden, beabsichtigt, in der nächsten G.-V. vorzuschlagen, ihre Geschäftsanteile mit 100 pCt. nach dem damaligen Einzahlungskurs auf der Dollarbasis aufzuwerten. Ferner sollen die bei der Bank noch angelegten Spargelder voll aufgewertet werden.

Die Hausse in den Aktien des Credito Italiano. Aus Rom drahtet uns unser dortiger Korrespondent unter dem 14. d. M.: Der Ansturm auf die Aktien des Credito Italiano unter Führung der Gruppe Gualino ist heute aufgehalten worden. Die Regierung hat das Recht der Käufer aufgehoben, wonach diese die Uebergabe der Aktien innerhalb dreier Tage fordern können. Außerdem hat die Bank beschlossen, ihr Aktienkapital zu erhöhen. Diese Maßnahmen haben die Wirkung gehabt, daß die Aktien des Credito Italiano heute um 80 Lire gefallen sind.

Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. J. C. u. H. Dietrich), A.-G., Plauen. Die Arbeiterschaft dieses Unternehmens ist, wie uns gemeldet wird, in den Streik getreten. Sowohl Arbeiterschaft wie Verwaltung haben ein Schiedsgericht angerufen.

Das lauenburgische Kraftwerk. Die lauenburgischen Landeskraftwerke A.-G., deren Gründung wir bereits meldeten, werden, wie uns unser Hamburger Mitabeiter drahtet, das sogenannte Schalsee-Projekt in Angriff nehmen. Die Wasser des Schalsees, die bisher ungenutzt zur Elbe abflossen, sollen jetzt zum 30 Meter tiefer gelegenen Ratzeburger See abgeleitet werden, durch Einfügung von Wasserturbinen. Auf diesem Wege hofft man den halben Bedarf des Kreises Herzogtum Lauenburg an Elektrizität zu gewinnen. Die Arbeiten sollen in vierzehn Tagen in Angriff genommen werden. Die Tiefbauarbeiten übernimmt die Firma Lenz u. Co.-Berlin, den elektrischen Teil der Arbeiten werden die Siemens-Schuckert-Werke ausführen. Die Baukosten werden auf 1 Mill. Goldmark veranschlagt. Das Werk soll am 1. Oktober 1925 in Betrieb genommen werden.

Weiterer Verlauf der Börse.

Im weiteren Verlauf trat auf den meisten Gebieten eine gewisse Abschwächung ein. So waren von Montanwerten Kloeckner-Werke 36¾ nach 37⅜, Laurahütte 11⅛ nach 11¼, Rheinische Braunkohlen 28½ nach 29¼, Chem. Griesheim 12¾ nach 13¼, Goldschmidt 13 nach 13⅛, Loewe 42 nach 43⅝, Schultheiß 18⅞ nach 19.

Gegen ½2 Uhr erfuhr die Gesamttendenz eine weitere Abschwächung, und vielfach wurden die niedrigsten Tageskurse wieder erreicht. So waren u. a. Hochbahn 36—36¼, nach 37½, Kriegsanleihe, die zeitweilig bis auf 93 angezogen hatten, gaben wieder bis auf 90¼ nach, Schutzgebietsanleihe wurden in kleinen Beträgen mit 2,70 gehandelt, und auch Petroleumpapiere lagen recht schwach. So waren Deutsche Petroleum 13⅝—13¾, nach 14⅜, und Deutsche Erdöl wurden mit 38½ gegen 39½ angeboten.

Der Kassamarkt lag bei stillem Geschäft uneinheitlich, eher schwächer. Höher waren u. a.: Rositzer Zucker 4, Pintsch 5, Baroper 5, niedriger Kammerichwerke 4, Ostpreuß. Dampfwollwäscherei 4, Körbisdorfer Zucker 5, Heckmann 4, Gebhardt u. König 3, Thüringer Salinen 3.

2-Uhr-Kurse.

Daimler 4,12, Hirsch Kupfer 28,75, Hammersen 13, Ilse Bergbau 12,75, Dt. Eisenhandel 5,62, Stolberger Zink 31, A. E. G. 8,87, Gesfürel 14,25, Schuckert 33, Elektr. Licht 10,37, Mannesmann 33,5, Laurahütte 11,12, Dt. Luxemburger 39,25, Gelsenkirchen 43,62, Caro 20,5, Oberbedarf 18,62, Phönix 25,87, Harpener 55,25, Hohenlohe 24,75, Rheinstahl 26,75, Riedel 6,1, N. A. G. 3,6, Schultheiß 18,5, Orenstein 12,75, Leonh. Tietz 3,1, Dt. Petroleum 14. Salzdetfurth 19,62, Tel. Berliner 4, Kriegsanleihe 90,5 Milliarden, Elektr. Hochbahn 36,25, Hamburger Packet 24,5, Nordd. Lloyd 5,62, Hansa 10,5, Hamburg Süd 30, Dt. Erdöl 38,87, Bank el. Werte 7,62, Barmer Bankverein 2,12, Darmstädter 8,5, Disconto 10,4, Mitteldeutsche 2,5, Berl. Handels 33,5, Dt. Bank 8,87, Dresdner 5,87, Commerzbank 4,7, Sloman 11, Salitrera 225, Diamond 15,5.

*

Ostdevisen: Warschau 4,74—4,86, Bukarest 2,385—2,415, Riga 89,10—90,90, Reval 1,145—1,175, Kowno 44,55—45,45, Kattowitz 4,74 bis 4,86. Noten: poln. Mark 4,71—4,95, Lat 83,85—88,15 estn. Mark —, Lit 41,925—44,075.

Eine Auslandsanleihe für die Tschechoslowakei? Zur Deckung von Investitionsbedürfnissen beabsichtigt der tschechische Finanzminister, wie uns aus Prag gedrahtet wird, eine Auslandsanleihe von ½ Milliarde tschech. Kr. aufzunehmen, wodurch für den inländischen Geldbedarf eine wesentliche Erleichterung eintreten würde.

Die Einfuhr englischer Kohlen über Hamburg. Im Hamburger Hafen sind, laut „Industrie-Kurier", vom 2.—11. April 109 103 To. (19. März bis 1. April 90 882 To.) englischer Kohlen eingelaufen.

75jähriges Geschäftsjubiläum. Die Carl Beermann G. m. b. H., Berlin, ein führendes Unternehmen der deutschen landwirtschaftlichen Maschinenindustrie, blickt heute auf ein 75jähriges Bestehen zurück.

Sonder-Angebot.
Herren-, Speise-, Schlafzimmer,
Damenzimm., Polstermöbel, mehrere erstkl. Modelle sehr billig.
Möbelhaus F. Schoenfeldt, Potsdamer Str. 90, hochpt.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 15. April 1924

Fortlaufende amtliche Notierungen.

Festverz. Werte	Zs		Einh.-Kurse heute	vor.
Dt. Doll. Sch.			82,70	82,80
Dt.Schatz 16 IV-V	4½		—	—
do. 6-9 Agio	4½		45	48
do. fällig 24	4½		—	—
Dt. Reichs-A	5	90,50	90,75	94
do	4	425	465	465
do	3½	250	241	250
do.	3	975	970	995
Pr. Schatz	7-15		3½	4½
do. 24	5		—	—
do.1.5.25	5		—	—
do. ausl.	4		—	—
do. Hibernia	4½		—	—
Pr. kons. Anl.	4	250	250	270
do.	3½	235	235	245
do.	3	350	350	360
Bayer. St.-A.	4		480	425
do.	3½		450	425
In Billionen Prozent				
Mazed. Gold	3		4,75	5,00
Mexik. Anl	5		53,00	50,00
do.	4		—	—
Mexik. Bew	4½		—	—
Oest.Sch. 14	4½		—	5,38
- am. Eis.-A.	4½		3,00	3,00
Oest.Gold-R.	4	10,50	10,75	10,13
Oest Kr.-R.	4		0,60	—
do.konv. J.J.	4		0,50	0,50
do. knv. M.N.	4		0,50	—
do. Silber	4½		0,70	0,63
do. Papier	4½		—	—
Türk. B.-E	4	8,25	7,88	8,00
do.	4	7,13	7,00	7,25
Türk. unt. 06	4		—	—

Türk. Zoll-A.	4	6,63	6,90	6,75
Türk. 400 F.	—		22,40	22,10
Ung. St.R.13	4		—	—
Ung. St.R.14	4½		2,13	2,13
do Gold-R.	4	3,70	3,70	3,90
do. St.R. 10	4	3,50	3,38	3,60
do Kr.-Rt.	4	0,675	0,675	0,63
Lissb. St.I. II			3,00	—
Anat. E. S. 1	4½	9,13	9,13	9,00
do 2	4½	8,75	8,50	7,75
Lomb.-O. 2,6	—		6,75	6,63
Lomb. neue	—	6,00	6,00	6,00
Tehuant.-N.	5		—	—
do.	4½		23,00	23,00
Franzosen	—		32,00	32,00
Baltimore	—		—	32,00
Canada Abt.	—		8,25	8,75
Schantung	—	0,925	0,95	0,90
Dt. Austr. D.	360	29,50	29,50	29,25
Hbg.-Am.P.	30	25,38-24,50	24,75	25,63
Hb.-Südam.	330	30,00	30,00	31,00
Hansa	50	10,90-10,50	10,50	11,00
Kosmos	240	21,00	21,13	23,00
Nordd. Lloyd	30	5,90-5,63	5,60	6,13
Roland Linie	65	11,00	10,25	11,38
Stett. Dampf	150	3,50	3,50	3,60
Verein. Elbe	150	3,13	3,13	3,25
Elektr. Hochb	40	37,50-36,25	36,63	37,70
Bank el. W.	25	8,13-7,63	8,00	8,25
B. f. Brauind.	50	1,88	2,00	1,90
Barm. Bankv.	150	2,25-2,10	2,20	2,25
Bayr. H.-u.W.	150	3,00	3,00	3,25
Bayr. V.-Bk.	200	1,50	1,90	1,88
Brl.Hand.-G.	200	33,75-33,50	33,25	35,20
Commerzbk.	150	5,00-4,70	4,75	5,25
Darmst u.Nat	200	8,70-8,50	8,50	9,00
Deutsche Bk.	300	9,25-8,88	9,00	9,30
Discontoges.	250	10,60-10,40	10,40	10,63
Dresdn. Bank	200	6,00 5,50	5,75	6,00
Essen Kr.-A.	100	3,00	2,80	3,90
Leipz. Kredit	200	2,30	2,13	2,20
Mitteld.Kred.	150	2,58-2,50	2,50	2,50
Oest. Kredit	100	0,425	0,40	0,425
Wiener B.-V.	100	0,325	0,30	0,325
Schulth.-P.	55	19,00-18,50	18,50	20,30
Akkumulator.	25	30,87	30,10	28,50
Adlerwerke	130	2,30	2,20	2,20
A.-G. f. Anilin	300	13,20	13,00	13,50
A. E. G.	25	9,13 8,87	9,00	9,50
Anglo Guano	100	23,75-23,50	24,00	25,00
Aschaff Zst.	600	19,00		20,75
Augsbg. Nbg.	25	25,50-24,00	24,00	26,50
Bad. Anilin	300	16,75	16,25	16,88
Basalt A.-G.	250	14,12	14,00	14,10
Berger Tiefb.	100	4,63	4,25	5,00
Bergmann	200	14,50	14,00	15,50
Berl. Anh. M.	100	9,20	9,00	9,38
Brl.Burg.Eis.	40	3,00	2,63	3,10
Brl. Krlsr. In.	250	76,00	77,00	77,50
Berl. Masch.	66⅔	12,25	12,00	13,30
Bingwerke	150	3,70	3,50	3,60
Bochum. Guß	90	47,00	45,75	48,00
Gebr. Böhler	30		30,00	30,00
Buderus	100	14,75	14,88	16,25
Busch Wagg.	75	8,38	8,10	8,50
Byk Guldenw.	0	2,50	2,30	2,88
Calmon Asb.	70	1,38	1,25	1,38
Charl. Wass.	20	20,00	19,90	20,50
Chem. Gries.	300	13,25	12,75	13,13
Chm. v. Heyd.	200	4,50	4,40	4,25
Cont Caout	10	7,50-7,30-7,50	7,50	7,75
Daimler	200	4,20-4,12	4,20	4,00
Dessau Gas	50	17,00	17,00	17,00
Dt.-Atl. Tel	7	15,50	15,00	15,50
Dt.-Luxemb.	80	40,00-39,30	39,50	41,10
Dtsch Erdöl	400	40,25-38,88	38,88	42,10
Dtsch Kabel	100	1,62	1,70	1,70
Dtsch. Kali	100	41,50	40,40	41,60
Dt. Masch.	300	7,25-7,00	7,00	7,13
Dtsch. Werke	20	7,50	7,63	8,13
Dtsch Wollw.	250	5,10	5,40	5,60
Dt. Eisenhdl.	75	5,88	5,63	6,00
Drahtl. Ueber	50	6,88-6,13	6,38	7,30
Dyn. Nobel	200	6,38-6,38	6,50	6,88
Eisenb.-Vrk.	500	13,25-12,75	13,00	13,50
Elberf. Farb.	300	15,75	15,88	16,00
Elektr. Lief.	30	4,50	14,20	14,00
Elektr. Licht	25	10,38	10,38	10,88
Ess. Steink.	80	40,50-40,00	40,00	39,00
Fahlbg., List	100	5,13	5,00	5,25
Feldm. Pap.	300	5,25-4,70	4,80	5,50
Felt.&Guil.	1970	25,63	25,63	27,00
Gelsk Brgw.	80	44,90-43,63	43,90	46,50
Ges.f. el.Unt.	100	14,50-14,23	14,25	15,00
Goldschmidt	150	13,13	12,75	13,88
Görl. Wagg.	0	4,50-4,38	4,50	4,63
Gotha Wag.	4000	3,30	3,10	3,10
Hacketh. Dr.	100	2,50-2,40	2,40	2,63
Hammersen	100	13,40-13,00	13,00	14,00
Hann. Wagg.	30		11,50	12,00
Hansa-Lloyd	50	1,80-1,75-1,80	1,75	2,00
Harb. Gummi	50	1,75	1,63	1,70
Harpener	50	56,50-55,25	56,50	59,00
Hartm. S. M.	50	5,75	5,30	6,13
Held & Frcke	50	1,30	1,30	1,25
Hirsch Kupf	200	29,00-28,75-28,4	28,75	31,50
Höchster Fw.	300	13,25	12,75	13,75
Hoesch Eisen	45	43,00-42,00	42,50	45,00
Hohenlohe	100	26,00-24,75	25,25	27,50
P. Holzmann	45	3,25-3,00	3,30	3,25
Humboldt M.	0	16,63	16,00	17,25
Ilse Bergbau	100	21,50 20,75	21,38	21,50
Junghans	1 G-M	9,00	9,00	9,10
Kahlbaum	75	20,30	20,10	21,00
KaliAschersl.	150	11,88	11,50	12,50
Karlsruhe M.	¼ $	3,38	3,38	3,50
Kattowitz	4000	29,50-27,25	28,25	30,50
C. W. Kemp	100	1,25	1,13	1,20
Klöckner Wk.	30	37,37	37,75	38,75
Köln-Neuess.	50	41,50-40,75	40,75	42,00
Köln-Rottw.	200	7,63-7,75	7,75	7,90
Gebr. Körting	100	7,20	7,20	7,40
KrauseC.Lok.	100	6,38	6,38	6,75
Lahmeyer	200	10,63	10,50	11,00
Laurahütte	500	11,50-11,13	11,20	12,00
Linke-Hofm.	240	20,50-19,50	19,50	22,00
Ludw. Loewe	250	42,00	41,75	44,13
C. Lorenz	150	5,00-4,75	4,75	5,10
Mannesmann	50	34,00	33,50	33,88
Mansfelder	150	8,38-8,00	8,30	9,25
Dr. P. Meyer	150	1,20	1,20	1,20
Motor. Deutz	20	21,75-20,10	20,10	23,25
National Auto	50	3,80-3,60	3,75	3,60
Nordd. Wolle	600	41,00	38,50	41,00
Oberbedarf	20	19,38-18,63	18,90	20,63
Obrschl.Caro	200	21,00-20,50	20,13	22,50
do. Koks	400	42,00	42,00	44,25
Orenstein	175	14,25-13,75	14,00	14,50
Ostwerke	75	26,75	26,75	26,75
Phönix Brgb.	50	27,40-25,88	26,25	28,30
Pöge Elektr	0	2,25-2,40	2,40	2,70
Polyphon	200	5,20	5,00	5,40
Rathg.Wag.	4000		6,50	7,00
Rh. Braunk	500	29,75	28,50	30,50
Rh. Metallw.	7½	6,75	6,50	7,75
do Stahlwrk	150	28,00-26,75	27,50	29,00
Rh.-W. Spgst	100	5,70	5,50	6,00
Rhenania	200	6,10	6,10	7,40
J. D. Riedel	200	6,63-6,10	6,10	6,75
Rombacher	25	17,80	17,38	18,00
Rückforth F.	100	1,25	1,25	1,40
Rütgerswrk.	200	13,20	12,70	13,75
Sachsenwerk	50	2,00	2,10	2,25
Salzdetf. Kali	350	20,25-19,83	19,75	21,25
Sarotti Sch.	0	1,63	1,50	1,70
Scheidemdl.	75	22,00	21,60	23,00
Schl.Bg.Zk.	254½	29,00	28,88	29,50
do Textilwk.	4000	4,75	4,38	4,75
H. Schneider	150	6,10	6,10	6,20
Schub & Slz.	300	9,00	9,38	9,50
Schuckert	66⅔	32,25-33,00	32,75	33,75
Sieg.Sol.Guß	600	2,80-2,50	2,38	2,63
S. & Halske	80	40,75	40,00	38,00
Stett. Vulkan	50	22,75-21,25	22,25	21,75
StinnesRieb.	400	40,00-39,00	40,00	42,00
StöhrKmgrn.	200	65,00	64,50	65,60
Stolbrg. Zink	200	31,00	31,00	34,75
Tel. J.Berlin.	35	4,20-4,00	4,00	4,25
Thörls Oelfb.	100	6,60	6,38	6,50
Leonh. Tietz	75	3,12-3,10	3,10	3,13
Türk. Tabak	—			
UnionGießer.	125	8,10	8,00	8,10
Ver.Schuhfb.	70	2,38 2,40	2,40	2,30
VogelTel. Dr.	50	2,30	2,40	2,63
Voigt&Haeffn	150	1,75	1,75	1,80
WeserSchiffb	0			14,00
Westeregeln	200	18,25	18,00	18,50
R. Wolf	100	9,10	9,40	9,75
Zellst.Waldh.	300	9,50	9,50	10,50
Zimmrm.W.	1000	1,70-1,40	1,60	1,60
Neu-Guinea	6	4,00	4,00	4,13
Otavi Minen	7½	26,50	26,13	27,25